Europäische Investitionsbank

2-2000

Informationen

2 - 2000 · Nr. 105 ISSN 0250-3883

Inhalt

Innovation-2000-Initiative 1

Finanzminister der EU erörtern oberste Prioritäten der EIB 3

Innovation und Informationsgesellschaft EU versus USA und Japan 5

Die Risikokapitalfinanzierungen der EIB in der Europäischen Union 9

Verbesserung der Qualität der Schulbildung in ganz Europa 13

EIB paßt ihre operativen Strukturen ihren neuen Aufgaben an 16

Das neue AKP-EU-Partnerschaftsabkommen 20

Schwerpunkt regionale Konvergenz: „Mehr ist nicht immer besser" 23

EIB-Forum 2000 in Bremen 26

„Innovation-2000-Initiative"

EIB will der wissensbasierten Wirtschaft künftig besondere Aufmerksamkeit widmen

Die Europäische Investitionsbank will sich künftig speziell auf Projekte konzentrieren, die die Innovation in der Europäischen Union fördern.

Diese Neuausrichtung der Tätigkeit der Bank geht auf die anläßlich des Lissabonner EU-Gipfels im März festgelegte Strategie zurück, die nachdrücklich darauf hinweist, daß es für Europa notwendig ist, eine wettbewerbsfähigere und dynamischere wissensbasierte Wirtschaft zu entwickeln.

Der Rat der Gouverneure der EIB – die Finanzminister der EU-Mitgliedstaaten – hat in seiner Jahressitztung im Juni die „Innovation-2000-Initiative" genehmigt, durch die Vorhaben zur Förderung der Informationsgesellschaft, Forschung und Entwicklung, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit sowie der Förderung des Humankapitals dienende Vorhaben unterstützt werden sollen.

Die Unterstützung soll im Rahmen eines Darlehensprogramms erfolgen, für das in den nächsten drei Jahren 12-15 Mrd EUR vorgesehen sind. Der Rat der Gouverneure hat außerdem die Verdoppelung des für die Abdeckung von Risikokapitalfinanzierungen zugunsten kleiner und mittlerer Unternehmen vorgesehenen Betrags auf 2 Mrd EUR beschlossen.

EIB-Präsident Philippe Maystadt betonte in seiner Erklärung an den Rat der Gouverneure, daß die erfolgreiche Durchführung des Programms eine enge Zusammenarbeit mit den nationalen und den örtlichen Behörden, den Partnern der Bank im Finanzsektor und der Europäischen Kommission erfordern wird.

Die „Innovation-2000-Initiative"

Im Rahmen dieser Initiative haben die Gouverneure eine Reihe operationeller Richtlinien genehmigt, durch die Finanzierungen der EIB in die folgenden fünf Bereiche gelenkt werden sollen:

- **Förderung des Humankapitals:** Finanzierungen im EDV- und Medienbereich von Schulen und Universitäten sowie Darlehen zugunsten von Ausbildungszentren für Informationstechnologie;
- **Forschung und Entwicklung:** Kofinanzierung von öffentlichen und privaten Forschungsprogrammen, von Investitionen der Unternehmen in Forschung und Entwicklung (F&E), von Infrastrukturen im Forschungsbereich sowie von „Centres of Excellence" oder von Zugangsmöglichkeiten zu Forschungsprogrammen für KMU;
- **Informations- und Kommunikationstechnologie-Netze:** Finanzierung transeuropäischer Breitbandkabel- und Multimedia-Netze sowie physischer und virtueller Infrastrukturen für den Zugang zu diesen Netzen, insbesondere in den weniger entwickelten Regionen der Union. In diesem Bereich wird die Bank ihre Finanzierungen prioritär auf Projekte konzentrieren, die innovative Technologien wie z.B. ASDSL, xDSL und UMTS zum Gegenstand haben;
- **Verbreitung von Innovationen:** Finanzierungen zur Einführung der „Online-Gesundheitsfürsorge" oder zum Einsatz von Informationstechnologien, die dem europäischen Bürger den Kontakt zu Gebietskörperschaften und öffentlicher Verwaltung erleichtern; Finanzierungen zur Ausrüstung von Unternehmen, insbesondere der KMU, mit hochwertiger Informationstechnologie;
- **Entwicklung der KMU und Förderung der unternehmerischen Initiative:** Mehr Risikokapitalfinanzierungen für die Entwicklung innovativer KMU, Förderung von Wissenschaftsparks und Inkubationszentren und Einführung neuer Finanzprodukte, die es ermöglichen, Kleinstunternehmen zu unterstützen.

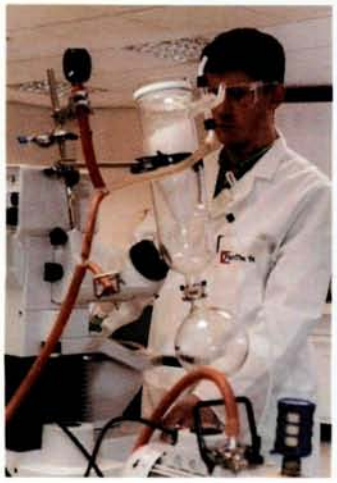
Die Unterstützung dieser neuen Sektoren wird in Form **eines besonderen Darlehensprogramms für die nächsten drei Jahre im Umfang von 12-15 Mrd EUR** erfolgen. Es zielt nicht auf die Erhöhung des Darlehensvolumens ab, vorgesehen ist vielmehr eine qualitative Umorientierung von den traditionellen Aktivitäten der EIB hin zu den neuen Sektoren, die einen hohen zusätzlichen Nutzen im Technologiebereich erbringen und sich positiv auf die Wirtschaftstätigkeit auswirken. Zu diesem Zweck wird die EIB die Palette ihrer Finanzinstrumente und den Kreis ihrer Partner und Kunden erweitern, um insbesondere der Ausdehnung ihrer Finanzierungen auf Investitionen in immateriellen Bereichen Rechnung tragen zu können. ■

Risikokapital und Reform des EIF

Die Ausweitung der Risikokapitalfinanzierungen der Bank zugunsten von KMU ist ein wesentlicher Bestandteil der „Innovation-2000-Initiative".

Der Rat der Gouverneure hat die Reserve zur Abdeckung der mit diesen Operationen verbundenen Risiken von 1 Mrd auf 2 Mrd EUR aufgestockt. Diese Reserve, die den Überschüssen der Bank entnommen wird, umfaßt derzeit 1 Mrd aus den Überschüssen der Jahre 1996, 1997 und 1998. Weitere 500 Mio werden ihr aus dem Überschuß des Jahres 1999 zugeführt, während der Saldo – entsprechend dem Bedarf – den Überschüssen der Jahre 2000 bis 2002 entnommen werden soll.

Der Rat der Gouverneure hat außerdem die Reform des Europäischen Investitionsfonds genehmigt, wonach dieser der auf Risikokapitaloperationen spezialisierte Geschäftsbereich der EIB-Gruppe wird. Während die Dreiparteienstruktur des Fonds, an dessen Kapital die EIB, die Kommission und Geschäftsbanken beteiligt sind, bestehen bleibt, soll die EIB im Rahmen der Reform mit einem Kapitalanteil von über 50% mehrheitlicher Anteilseigner werden und für die Tätigkeit der Institution verantwortlich sein.



Durch die Übertragung sämtlicher Risikokapitalaktivitäten der EIB-Gruppe (1,2 Mrd EUR gebunden) auf den EIF wird die finanzielle und operative Kapazität des Fonds deutlich erhöht und eine bessere Fokussierung der Aktivitäten in diesem sehr spezifischen Bereich ermöglicht. Des weiteren können aufgrund dieser neuen Form der Beziehung zwischen der EIB und dem EIF durch den Einsatz komplementärer Finanzierungsinstrumente zugunsten von KMU Synergien zwischen der Bank und dem Fonds genutzt und die durch die Aktivitäten der EIB-Gruppe bei europäischen Banken und Finanzierungsinstitutionen ausgelösten Katalysatoreffekte verstärkt werden.

Sitzung des Rates der Gouverneure der EIB in Luxemburg am 5. Juni 2000: EIB-Präsident Philippe Maystadt und der Präsident des Rates der Gouverneure, Gordon Brown, Chancellor of the Exchequer, Vereinigtes Königreich.

Finanzminister der EU erörtern oberste Prioritäten der EIB

Philippe Maystadt bezeichnete in seinen Ausführungen gegenüber den Gouverneuren der EIB die Innovation-2000-Initiative und die Finanzierung in den Beitrittsländern als oberste Prioritäten der EIB:

„In den Schlußfolgerungen des Europäischen Rates Lissabon wird die Innovation-2000-Initiative der EIB ausdrücklich begrüßt, die sich auf die fünf Bereiche Humankapital, KMU und unternehmerische Initiative, Forschung und Entwicklung, Informations- und Kommunikationstechnologienetze sowie Verbreitung von Innovationen erstreckt.

Eine wesentliche Komponente der Innovation-2000-Initiative betrifft den Vorschlag, eine weitere Milliarde Euro aus den Überschüssen der Bank für Risikokapitalfinanzierungen zugunsten von KMU bereitzustellen. Dieser Vorschlag erfolgt zur rechten Zeit, da die Bank direkt oder über das dem EIF erteilte ETF-Mandat die von Ihnen 1997 genehmigte erste Milliarde bereits vollständig gebunden hat.

„Mini-Marshall-Plan"

Die Finanzierungen der EIB in Mittel- und Osteuropa, die die Vorbereitungen dieser Länder auf die EU-Mitgliedschaft unterstützen sollen, werden sich in den nächsten Jahren auf mehr als 17 Mrd EUR belaufen.

Ich möchte die Bedeutung dieses Engagements nicht überbetonen, möchte jedoch anmerken, daß es von einigen Beobachtern bereits als ein „Mini-Marshall-Plan" für unsere osteuropäischen Nachbarländer bezeichnet wurde. Ich möchte auch darauf hinweisen, daß die Hälfte dieses Betrages, d.h. 8,5 Mrd EUR für den Zeitraum 2000-2003, auf eigenes Risiko der Bank gewährt werden soll. Der Rest, d.h. 8,7 Mrd EUR für den Zeitraum 2000-2007, ergibt sich aus einem neuen Finanzierungsmandat, das der Rat der Bank erteilt hat.

Ich bin mir natürlich völlig darüber im klaren, daß die sinnvolle Verwendung dieses enormen Betrages eine der größten Herausforderungen für die Bank in den kommenden Jahren sein wird, und ich kann Ihnen versichern, daß die laufende Überwachung dieses Programms eine unserer vorrangigsten Prioritäten sein wird.

Das Direktorium hat daher kürzlich eine Umstrukturierung der für die Finanzierungen zuständigen Direktionen der Bank beschlossen. Die neue Organisationsstruktur wird die Beitrittsländer und die Mitgliedstaaten organisatorisch zusammenfassen. Dies erleichtert es, Verfahren und Vorgehensweisen zu übernehmen, Know-how weiterzugeben und die Heranführung der Beitrittsländer an die Europäische Union zu beschleunigen. (Vgl. auch Seiten 16-19)

Die EIB im Jahr 1999

(Mio EUR)

	1999	1998
Unterzeichnete Verträge	31 800	29 526
- in der EU	27 765	25 116
- außerhalb der EU	4 035	4 410
Mittelbeschaffung (nach Swaps)	28 355	30 098
Ausstehende Darlehen	178 775	155 333
Eigenmittel	20 494	19 306
Reingewinn	1 067	1 195
Bilanzsumme	201 104	176 544
Gezeichnetes Kapital (zum 31.12.)	100 000	62 013

Philippe Maystadt zur:

Finanzierungstätigkeit

„In Zusammenhang mit unseren Finanzierungen in der EU möchte ich abgesehen von dem bereits angesprochenen Beitrag zur Regionalentwicklung auf unsere Unterstützung von KMU hinweisen, die in Form von Globaldarlehen an unsere Partner aus dem Finanzsektor (2,8 Mrd EUR) bzw. in Form von Beteiligungen an Risikokapitalfonds (470 Mio EUR 1999 genehmigt) erfolgte. Außerdem hat die Bank ihre Mittelvergabe zugunsten der Transeuropäischen Netze in den Bereichen Verkehr, Energieübertragung und Telekommunikation mit Finanzierungen von mehr als 10 Mrd EUR verstärkt.

Der Hauptanteil unserer Tätigkeit außerhalb der Europäischen Union entfiel jedoch auf die mittel- und osteuropäischen Länder und Zypern, die den Beitritt zur Union beantragt haben. In Mittel- und Osteuropa ist die Bank die mit Abstand führende multilaterale Finanzierungsinstitution."

Mittelbeschaffung

„1999 machten die in Euro aufgenommenen Mittel 41% unserer gesamten Mittelbeschaffung aus, wovon die Hälfte auf das im März letzten Jahres gestartete Euro Area Reference Note-Programm, EARN genannt, entfiel. Ziel der Bank ist es, eine erstklassige Ergänzung zu staatlichen Emissionen bereitzustellen, und wir sind der Meinung, daß wir diesem Ziel schon sehr nahe gekommen sind. Die in GBP und USD begebenen Anleihen machten etwa die Hälfte unserer gesamten Mittelbeschaffung im letzten Jahr aus."

Bilanz

„Das Ergebnis der Geschäftstätigkeit erreichte 1999 vor Dotierung der Rückstellungen 1 187 Mio EUR, was einer Verzinsung der Eigenmittel von 5,8% entspricht. Der Rückgang des Ergebnisses gegenüber 1998 (1 345 Mio EUR) kann auf das Zusammenwirken mehrerer Faktoren zurückgeführt werden, wobei zum einen das niedrigere Bruttoergebnis aus Treasury-Operationen und zum anderen der geringere Zinsüberschuß zu nennen sind. Die Bruttoverwaltungsaufwendungen stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 12,4%. Dies erklärt sich in erster Linie aus dem Beitrag der Bank von 10 Mio EUR für die HIPC-Initiative (vgl. Seite 22) zugunsten der hochverschuldeten armen Länder sowie aus den Sonderhilfen für die Erdbebengebiete in der Türkei und in Griechenland und der Spende für den Kosovo von zusammen 2,6 Mio EUR."

Die Finanzminister in der EIB: Didier Reynders, Belgien (der nunmehr den Vorsitz im Rat der Gouverneure der EIB übernimmt) und Laurent Fabius, Frankreich.

Für unsere Tätigkeit in den Beitrittsländern werden dieselben Finanzierungskriterien wie in der Union gelten, und wir verfolgen das Ziel, den Anteil der für Umweltschutzprojekte gewährten Darlehen auf 25% zu erhöhen.

Um optimale Resultate erzielen zu können, werden wir weiterhin eng mit der Kommission und ihren für das neue ISPA-Programm zuständigen Stellen sowie mit den in der Region tätigen multilateralen Institutionen zusammenarbeiten.

Nachdem der Europäische Rat Helsinki beschlossen hat, die Türkei als Beitrittskandidaten anzuerkennen, wird die Bank die Türkei natürlich in die Liste der Länder aufnehmen, die Mittel aus der Vor-Beitritts-Fazilität in Anspruch nehmen können.

Wie bei allen anderen Beitrittskandidaten werden für die Finanzierungen im Rahmen der Vor-Beitritts-Fazilität unsere üblichen Kriterien – insbesondere hinsichtlich der Besicherung – gelten." ■

EU versus USA und Japan: Der Rückstand schrumpft, aber es bleibt noch viel zu tun

Innovation und Informationsgesellschaft

Der Lissabonner EU-Gipfel beschloß im März Maßnahmen, die sicherstellen sollen, daß Europa eine global wettbewerbsfähige, dynamische und wissensbasierte Wirtschaft erhält. Wo steht die Europäische Union heute im Hinblick auf Innovation, Forschung und Entwicklung und die Informationsgesellschaft verglichen mit den Vereinigten Staaten und Japan? Zwei Unterlagen, die von der Direktion Projekte der EIB ausgearbeitet wurden, befassen sich mit der derzeitigen Situation.

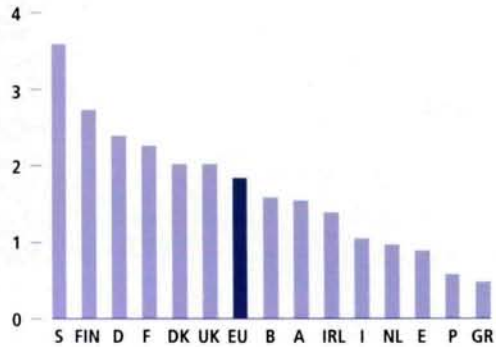
Der private Sektor in der EU muß seine F&E-Aufwendungen erhöhen

Technische Innovationen sind die Triebkraft für Wirtschaftswachstum, und die meisten Innovationen sind das Ergebnis von bewußten wirtschaftlichen Entscheidungen über die Ressourcen, die für die Wissensproduktion bereitgestellt werden.

Verglichen mit seinen wichtigsten internationalen Konkurrenten (USA und Japan) widmet Europa der Wissensgenerierung relativ wenig Ressourcen. In Europa belaufen sich die F&E-Aufwendungen auf 1,8% des BIP, während sie in den USA 2,8% und in Japan 2,9% erreichen. Es gibt wenig Anzeichen dafür, daß Europa diesen Rückstand im Laufe der Zeit aufholt. Darüber hinaus bestehen zwischen den verschiedenen EU-Ländern sehr große Unterschiede (in der Größenordnung von 7:1) hinsichtlich des Verhältnisses F&E/BIP *(vgl. Abbildung I)*.

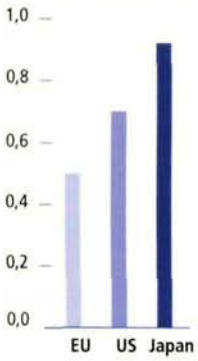
Aufgrund der Kombination von Faktoren, die die Innovationstätigkeit kennzeichnen (damit diese erfolgreich ist, sind eine angemessene Forschungsinfrastruktur und andere attraktive

I. F+E/BIP (%) in den EU-Ländern



Quelle: OECD

II. Anzahl der Forscher im Unternehmenssektor in % der gesamten Mitarbeiter



Quelle: OECD

Anreize für die Forschungstreibenden notwendig), besteht die Gefahr zunehmender technologischer Unterschiede zwischen den verschiedenen europäischen Regionen. Wirtschaftspolitische Gegenmaßnahmen sind erforderlich, um die technologische Absorptionsfähigkeit der weniger entwickelten Regionen zu steigern.

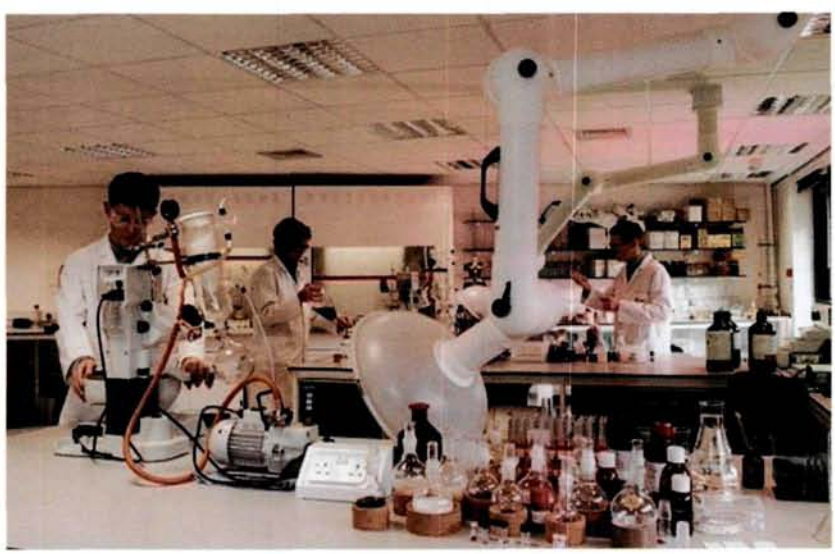
Während bei den Ressourcen, die für Grundlagenforschung und für die von staatlichen Stellen betriebene Forschung bereitgestellt werden, die EU auf dem gleichen Niveau wie die USA liegt, bestehen bei den F&E-Aktivitäten im Unternehmenssektor erhebliche Unterschiede.

Die private Industrie in Europa betreibt deutlich weniger Forschung und Entwicklung als die Industrie in den USA und Japan. In Europa werden auch weniger Humanressourcen für F&E-Aktivitäten bereitgestellt: Von 1 000 Beschäftigten sind in Europa 5 in der Forschung tätig, während es in den USA und Japan 7 bzw. 9 sind. Im Hinblick auf den Übergang zu einer wissensbasierten Wirtschaft ist Europa daher weniger gut mit Humankapital ausgestattet als die USA und Japan *(vgl. Abbildung II)*.

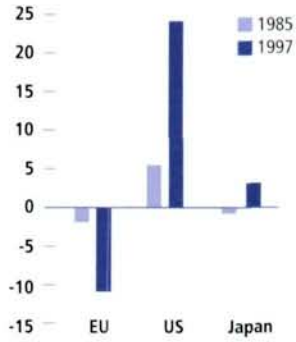
Es geht nicht so sehr darum, mehr Mittel für die von öffentlichen Einrichtungen betriebene Forschung bereitzustellen, sondern vielmehr darum, den privaten Sektor zu höheren F&E-Ausgaben zu veranlassen. Daneben besteht aber auch ein erheblicher Spielraum dafür, die Effizienz der öffentlichen Forschung zu steigern, und zwar insbesondere indem die Koordinierung der öffentlichen F&E-Ausgaben in den Mitgliedsstaaten verbessert wird. Dies würde dazu beitragen, unnötige Doppelarbeiten zu vermeiden und die Synergieeffekte zu verstärken.

Von den privat finanzierten F&E-Aktivitäten in Europa entfallen etwa 80% auf Großunternehmen und 20% auf KMU. Verglichen damit ist der auf KMU entfallende Anteil in den USA und Japan geringer (15% bzw. 6%). Dies zeigt, daß Innovation in der EU im Verhältnis stärker von KMU abhängig ist als anderswo. Damit kommt den Innovationsergebnissen von KMU besondere Bedeutung zu. KMU haben einen schlechteren Zugang zu staatlichen Mitteln als Großunternehmen, denn nur 9% der F&E-Aufwendungen von KMU werden vom Staat finanziert, gegenüber 13% bei Großunternehmen. Die Erleichterung des Zugangs von kleinen und mittleren Unternehmen zu Innovationsfinanzierungen würde somit dazu beitragen, die Innovationsleistung der europäischen Industrie deutlich zu verbessern.

In der Vergangenheit hat sich gezeigt, daß Europäer die Ergebnisse ihrer Innovationstätigkeit nicht ausreichend durch Patente schützen. Verglichen mit Firmen in den USA und Japan



III. Die technologische Zahlungsbilanz (in Mrd €)



Quelle: OECD

haben europäische Unternehmen eine relativ geringe Neigung, sich Patente erteilen zu lassen. Dies führt zu einer Verschlechterung der technologischen Zahlungsbilanz (in die Einnahmen aus der Lizenzvergabe, aus Patenten, aus Know-how usw. eingehen). Die USA und Japan weisen einen positiven Saldo auf. Um diese negative Entwicklung umzukehren, sollten europäische Erfinder dazu ermutigt werden, mehr von ihren Entdeckungen und ihrem intellektuellen Eigentum patentieren zu lassen *(Abbildung 3)*.

Risikokapitalgesellschaften sind eine immer wichtiger werdende Finanzierungsquelle für Innovationen und tragen dazu bei, daß neue Ideen zu einem geschäftlichen Erfolg werden. Der Aufschwung dieses Sektors hat in Europa später begonnen als in den USA, so daß der europäische Markt einen Entwicklungsrückstand aufweist. Wagniskapitalfinanzierungen sind in Europa immer noch stark auf den späteren Abschnitt im Lebenszyklus von Unternehmen ausgerichtet. Start-up- und Early-stage-Finanzierungen haben nur einen geringen Anteil an den Risikokapitalfinanzierungen in Europa. Es ist jedoch gerade dieser Teil, auf den der Großteil der innovativen Geschäftsideen entfällt und der daher unterstützt werden muß. ■

Harald Gruber
Direktion Projekte
00352/4379-8606
E-mail: h.gruber@eib.org

Die EU-Informationsgesellschaft braucht öffentliche Unterstützung

Die Informationsgesellschaft (1) entwickelt sich in der EU mit großen Schritten, wie z.B. die starke Zunahme der Internet-Nutzer seit 1995 zeigt. Die EU scheint auf diesem Gebiet gegenüber den USA aufzuholen, auch wenn die Informationsgesellschaft in der Europäischen Union immer noch viel weniger ausgeprägt ist als in den USA: Für die EU insgesamt entsprechen die gesamten Ausgaben im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) etwa 6% des BIP, während dieser Anteil in den USA 7,5% und in Japan 7,4% beträgt.

Die Expansion der Informations- und Kommunikationstechnik schreitet in den verschiedenen Ländern oder Regionen nicht gleichmäßig voran, insbesondere in der frühen Phase der Marktdurchdringung. So gab es 1998 zwischen den EU-Ländern erhebliche Unterschiede beim Bestand an PC pro 100 Einwohner (die Zahl lag zwischen 10 und mehr als 50). Gleiches gilt für die Internet-Nutzung: Die Zahl der Internet-Anschlüsse reicht von weniger als 5 bis zu mehr als 90. Die Verbreitung der IKT ist auch zwischen verschiedenen sozialen Gruppen unterschiedlich (was hauptsächlich vom Einkommensniveau abhängt) und auch zwischen den Wirtschaftssektoren innerhalb der einzelnen Länder.

Es besteht die Gefahr, daß den unteren Einkommensgruppen und den strukturschwachen Regionen der Union die Übernahme der neuen Technologien nicht gelingt, was schwerwiegende Konsequenzen für ihre künftige wirtschaftliche Entwicklung haben könnte. Wenn ihnen die Einführung dieser Technologien aber doch gelingen sollte, besteht die Gefahr, daß sie bei diesem Prozeß nur passive Akteure sein werden, während die Mehrheit der Vorteile Einzelpersonen, Firmen und Institutionen in Kernregionen zugute kommt, in denen die Hindernisse für eine Teilnahme an der Informationsgesellschaft niedriger sein könnten.

Es wird geschätzt, daß in der EU im Bereich der Informationsgesellschaft tätige Unternehmen bereits etwa 15% zum BIP-Wachstum beitragen und 25% der neuen Arbeitsplätze in der europäischen Wirtschaft schaffen (2). Entsprechend den in den USA gemachten Erfahrungen ist in der EU deutlich geworden, daß die Wirtschaft eine Beschleunigung des Innovationstempos verzeichnet. Dies dürfte langfristig die Produktivität und den Output erhöhen, womit eine beispiellose Welle von Umstrukturierungen und Unternehmensneugründungen einhergehen dürfte. Natürlich sind Innovationen nicht auf die Informationstechnologien beschränkt, und technische Fortschritte sind auch in anderen Sektoren zu verzeichnen, jedoch ist die Informationstechnologie ein entscheidender Faktor für diesen Produktivitäts- und Wachstumsprozeß. Die Auswirkung der neuen Technologien auf die Wirtschaftsleistung hängt entscheidend davon ab, wie flexibel sich die Wirtschaft an Veränderungen anpaßt, und einige der Volkswirtschaften in der EU weisen immer noch erhebliche Starrheiten auf.

Das Internet hat den Trend zum schnellen Wachstum des Datenverkehrs über das Telekommunikationsnetz verstärkt. Auf der globalen Ebene wird die Entwicklung des Internets hauptsächlich von zwei Faktoren getrieben: einer rapiden Zunahme der Zahl der Nutzer und einer Expansion der datenintensiven Internet-Anwendungen. Dies bedeutet, daß in zunehmendem Umfang der Zugang zu Hochgeschwindigkeitsdiensten zu bezahlbaren Preisen (insbesondere Pauschaltarife) ein Schlüsselfaktor für die Entwicklung der Informationsgesellschaft ist.

Dramatische Veränderungen in der Telekommunikation

Auf Daten wird sehr bald der überwiegende Anteil des Verkehrsaufkommens in Telekommunikationsnetzen entfallen, was den Sprachverkehr in eine Nebenrolle drängen wird. Einige Fachleute sind der Ansicht, daß im Jahre 2005 nicht weniger als 90% des gesamten Verkehrsaufkommens mit Datenübertragungen zusammenhängen, während auf den Sprachverkehr nur 10% entfallen werden. Dies bedeutet eine dramatische Veränderung für jeden Aspekt des Telekommunikationsgeschäfts, von der Organisation des Sektors über die Preisgestaltung und Netzkonfiguration bis zur Investitionsstrategie.

Das Wachstum des Internet- und des sonstigen Datenverkehrs steigert die Nachfrage nach Hochgeschwindigkeitsübertragungen oder einer größeren Bandbreite. Die begrenzte Kapazität der Mehrheit der Teilnehmeranschlüsse in Telekommunikationsnetzen ist ein gravierender Engpaß für die Expansion der Datendienste. Um diesem Problem zu begegnen, wurden zwei umfassende Initiativen in Angriff genommen, die darauf abzielen, zum einen die vorhandenen konventionellen Telefonanschlüsse und Kabelnetze und zum anderen drahtlose Netze – insbesondere Mobilfunknetze – zu modernisieren.

Diese Entwicklungen sind zusammen mit dem Markteintritt neuer Akteure

---

(1) Unter „Informationsgesellschaft" wird hier die derzeit im Entstehen befindliche Gesellschaft verstanden, in der kostengünstige Informations- sowie Datenspeicherungs- und -übertragungstechnologien allgemein genutzt werden (Europäische Kommission, Generaldirektion V, 1997).
(2) Europäische Kommission, „Communications Review 1999"

Es besteht die Gefahr, daß den unteren Einkommensgruppen und den strukturschwachen Regionen der Union die Übernahme der neuen Technologien nicht gelingt.

die treibende Kraft für eine Zunahme der Investitionen im Telekommunikationssektor. Der neue Investitionszyklus wird von dem Kapitalbedarf für die Instandhaltung, Modernisierung und Erweiterung der Netze sowie für die Deckung der Nachfrage nach höheren Übertragungsgeschwindigkeiten bestimmt werden. Auf Investitionen zur Schaffung der Grundlagen für das künftige Wachstum von Datenübertragungs- und Hochgeschwindigkeitsdiensten wird der Großteil der zukünftigen Investitionen entfallen. Das Entstehen der Informationsgesellschaft ist auch die treibende Kraft hinter dem schnellen Wachstum von neuen IKT-Unternehmen, insbesondere von Internet-Firmen.

Höchste Priorität für den Übergang zur Informationsgesellschaft

Eine breitere Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien impliziert oft eine Änderung von Arbeitspraktiken, der Organisation von Unternehmen und des Lebensstils. Obwohl sich die Einschätzung des Nutzens dieser Technologien durch die Menschen sehr schnell verändert, kann immer noch ein großer Teil der Verbraucher und Kleinunternehmen den Nutzen des Einsatzes von IKT nicht erkennen.

Energisches staatliches Handeln ist notwendig, um die Hindernisse für die Verbreitung der IKT – insbesondere bei den Beziehern niedrigerer Einkommen und in den weniger entwickelten Regionen – zu überwinden. In Einklang damit betrifft die Mehrheit der zehn vorrangigen Punkte der e-Europe-Initiative ähnliche Maßnahmen wie z.B. die folgenden:

- Bildung und Ausbildung müssen an die IKT-Revolution angepaßt werden, damit die Menschen sich der Möglichkeiten der neuen Technologien bewußt werden und in der Lage sind, sie zu nutzen. Bildungseinrichtungen müssen die IKT-Bedürfnisse der Geschäftswelt und der Industrie decken.

- Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, um die Anwendung von Informations- und Kommunikationstechniken in KMU auszuweiten.

- Der öffentliche Sektor im allgemeinen benötigt Unterstützung, um IKT schnell übernehmen und sich an die neuen Arbeitsmethoden anpassen zu können.

Die Liberalisierung des Marktes ist die wichtigste politische Maßnahme, um den Telekommunikationssektor und damit verbundene Bereiche in Europa zu entwickeln und dadurch die Ausbreitung der Informationsgesellschaft zu erleichtern. Der Übergang zum Wettbewerb ist jedoch keineswegs abgeschlossen. Die etablierten Betreiber werden noch für viele Jahre eine dominierende Position auf dem Telekommunikationsmarkt haben. Daher muß durch Regulierungsmaßnahmen sichergestellt werden, daß dominante Akteure ihre Marktmacht nicht mißbrauchen und der Wettbewerb gefördert wird. Die Regulierung wird gelockert werden, wenn der Wettbewerb auf den Märkten zunimmt.

Die Liberalisierung des EU-Telekommunikationsmarktes seit dem 1. Januar 1998 hat den traditionellen Telekommunikationssektor in einen dynamischen Wirtschaftsbereich verwandelt, der in der Lage ist, sich schnell an die neuen Herausforderungen auf nationaler und globaler Ebene anzupassen. Die schnelle Entwicklung des Wettbewerbs zeigt sich in sinkenden Preisen, der Zunahme neuer innovativer Dienste und einer größeren Auswahl. Die Tarife für internationale und für Inlandsfernverbindungen sind deutlich – in einigen EU-Ländern um 70% seit der Liberalisierung – gesunken. Im Ortsnetzbereich ist der Wettbewerb in der EU jedoch sehr begrenzt geblieben. Daher muß der Wettbewerb im Telekommunikationssektor verstärkt werden, insbesondere auf Ortsebene. Die Kommission beabsichtigt, ihre Möglichkeiten einzusetzen, um in der gesamten EU das Unbundling auf der Ebene der Teilnehmeranschlüsse zu fördern.

Neue Akteure und Anbieter von innovativen bzw. Breitbanddiensten werden zunächst in den Spitzensegmenten des Marktes tätig werden. Diese Segmente finden sich hauptsächlich in den am weitesten entwickelten Regionen und in den Gebieten, in denen sich Teilnehmer mit einer sehr intensiven Nutzung der Telekommunikationsdienste konzentrieren. Das Eindringen in die weniger attraktiven Segmente des Marktes wird später folgen. Dies wirkt sich für Kleinunternehmen, private Teilnehmer mit niedrigem Einkommen und generell für weniger entwickelte Regionen nachteilig aus. Daher muß für das Problem, einen allgemeinen Zugang zu Breitbanddiensten zu gewährleisten, eine Lösung gesucht werden (wie dies z. B. vor kurzem im Rahmen der schwedischen Initiative versucht wurde).

Öffentliche Maßnahmen im Zusammenhang mit neuen IKT-Geschäftsaktivitäten sind im Rahmen der Strategie zu sehen, mit der die Entwicklung der Innovationstätigkeit unterstützt werden soll.

Die vorstehenden Ausführungen verdeutlichen die erheblichen wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Informationsgesellschaft. Sie bietet die Möglichkeit, den Lebensstandard zu verbessern, könnte jedoch auch den Fortschritt gefährden, wenn es der Europäischen Union nicht gelingt, die neuen Technologien rechtzeitig zu übernehmen. ■

Juan Alario
Direktion Projekte
00352/4379-8629
E-mail: j.alario@eib.org

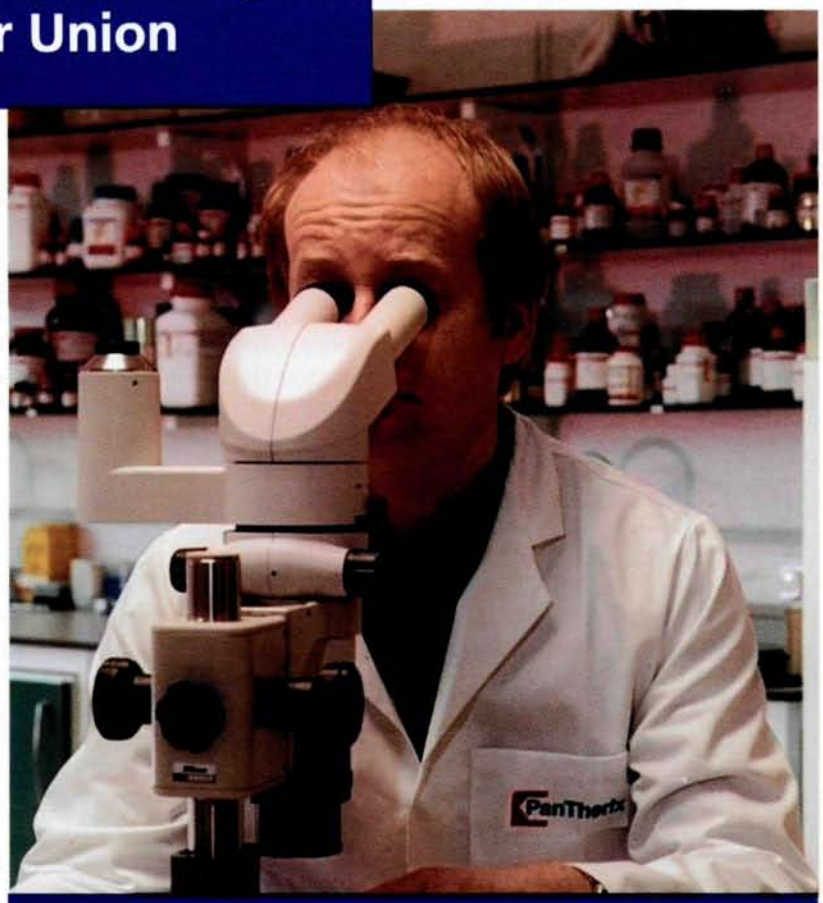
Die Risikokapitalfinanzierungen der EIB in der Union

Die EIB ist innerhalb von drei Jahren zu einem bedeutenden öffentlichen Akteur auf dem europäischen Risiko-kapitalmarkt geworden

Es wird generell anerkannt, daß die Arbeitsplätze von morgen vor allem in jungen kleinen und mittleren Unternehmen in technologieorientierten Bereichen der Industrie und des Dienstleistungssektors entstehen werden. Auf dieser Erkenntnis basiert die Initiative der EIB zur Förderung rasch wachsender KMU, deren Entwicklungsmöglichkeiten sehr stark von einer ausreichenden Eigenkapitalausstattung abhängen.

Seit dieser Gedanke vom Europäischen Rat Amsterdam vom 16. Juni 1997 in seiner Entschließung über Wachstum und Beschäftigung verankert wurde, hat die EIB sowohl direkt als auch indirekt – im Rahmen von Mandaten, die sie ihrer Tochterinstitution EIF (Europäischer Investitionsfonds) erteilt hat – einem breiten Spektrum von Risikokapitalfonds mehr als 1 Milliarde EUR zur Verfügung gestellt. Dadurch ist sie mittlerweile zu einem bedeutenden öffentlichen Akteur auf dem europäischen Wagniskapitalmarkt geworden.

Angesichts dieser ermutigenden Ergebnisse hat der Europäische Rat auf seiner Lissabonner Sondertagung vom März 2000 die Bank aufgefor-



50 Mio EUR für paneuropäischen Biotechnologiefonds

Die EIB hat mit dem Merlin European Biosciences Fund einen Vertrag abgeschlossen, der die Bereitstellung von 50 Mio EUR (33 Mio GBP) für Eigenkapitalfinanzierungen für führende europäische Biotechnologie-Unternehmen vorsieht.

Als Fondsmanager und Berater für den Merlin Fund wird die in Cambridge ansässige Merlin Biosciences fungieren, eine führende europäische Wagniskapital-Gruppe, die sich auf die Bereitstellung von Kapital für Biotechnologie-Unternehmen spezialisiert hat.

Die EIB betrachtet den Biotechnologiesektor als strategisch wichtig für die Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit. Die neue Biotechnologieindustrie wächst in Europa rasch und verfügt über ein erhebliches Wachstums- und Beschäftigungspotential.

Die EIB und die Westdeutsche Landesbank (WestLB) sind die zentralen Anleger des Fonds, der Kapital in Höhe von 250 Mio EUR (160 Mio GBP) mobilisieren will. Der Fonds wird sich auf die Übernahme von Minderheitsbeteiligungen oder Quasi-Kapitalbeteiligungen an etwa 20-35 im pharmazeutischen Bereich, im Gesundheitswesen, in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie und in der Chemie tätigen nicht börsennotierten Unternehmen, die einen Erfolgsnachweis erbringen können, konzentrieren.

dert, ihre Risikokapitalfinanzierungen noch stärker auszuweiten. Er hat dabei auf die positive Rolle hingewiesen, die dieses Instrument bei der Vorbereitung des Übergangs zu einer „wettbewerbsfähigen, dynamischen und wissensbasierten Wirtschaft" spielt.

Ein dynamischer Markt

Der europäische Risikokapitalmarkt hat sich in den Jahren 1998 und 1999 sehr rasch entwickelt. In diesen zwei Jahren erreichte das aufgebrachte Mittelvolumen jeweils ein Rekordniveau (1998 fast 21 Mrd EUR). Dieser Aufschwung wurde vor allem durch die Entstehung der neuen Aktienmärkte ermöglicht, die sich in den letzten Jahren in Europa entwickelt haben und den Investoren günstige Ausstiegsbedingungen sowie Möglichkeiten zur Wiederanlage ihrer Gewinne bieten.

Auf diesem Markt liegt allerdings der Schwerpunkt immer noch auf großen Transaktionen, insbesondere Management buy-outs (MBOs). In Europa nimmt der Anteil der Technologieinvestitionen zwar stetig zu, doch ist er im Vergleich zu den Vereinigten Staaten weiter gering: er beträgt hier rund ein Drittel, jenseits des Atlantik dagegen zwei Drittel. Im übrigen sind die wichtigen europäischen Risikokapitalmärkte sehr unterschiedlich entwickelt: Die Märkte in Deutschland, Italien und Frankreich haben zusammen nur ein Volumen, das der Hälfte des Marktes im Vereinigten Königreich entspricht. Auf dem britischen Markt stehen jedoch große Transaktionen im Vordergrund (überwiegend MBOs), während den Technologieinvestitionen dort nur in sehr begrenztem Umfang Mittel zufließen (weniger als 5% des Gesamtvolumens). Demgegenüber werden in Deutschland, in Skandinavien und in Finnland erhebliche Mittel in neugegründete Technologieunternehmen investiert.

Auf den bisher vergleichsweise weniger entwickelten Märkten wie Griechenland, Portugal oder Spanien gibt es ermutigende Anzeichen für einen Aufschwung, und sie verfügen zudem über talentierte Fondsmanager. Ein positiver Aspekt ist auch, daß immer mehr paneuropäische Fonds aufgelegt werden, die häufig vorrangig in technologieorientierte KMU investieren. Diese Fonds wollen vom Volumen her eine kritische Masse erreichen, die der der großen US-amerikanischen Fonds vergleichbar ist. Letztere werden in Europa immer aktiver und leisten durch gemeinsame Investitionen oder durch den Transfer von Fachwissen einen positiven Beitrag zur Entwicklung der Märkte.

Auf dem europäischen Markt besteht der Hauptengpaß in dem Mangel an erfahrenen Fachkräften. Da ihre Zahl gemessen an den gegebenen Investitionsmöglichkeiten zu gering ist, ist es sinnvoll, den Aufbau neuer leistungsfähiger Teams zu unterstützen oder zum Wissenstransfer zwischen ausländischen Fondsmanagern und neu gebildeten europäischen Teams beizutragen.

Die Strategie der EIB

Die EIB ist bestrebt, bestmöglich zur Entwicklung dieses Marktes beizutragen, der sich in einem ständigen Wandel befindet. Sie richtet ihre Finanzierungstätigkeit daher vorrangig auf die Segmente aus, in denen sie den größten zusätzlichen Nutzen bewirken kann. Die Bank möchte mit ihren Operationen einen Katalysatoreffekt erzielen und investiert daher in Fonds, die ohne ihren Beitrag nicht so rasch, nicht in gleichem Umfang und nicht mit dem gleichen Erfolg tätig werden könnten. Ihrer Aufgaben-

EIB finanziert Breitband-Netz zur Verbindung skandinavischer Länder

Das schwedische Datenübertragungs- und Telekommunikationsunternehmen Utfors errichtet in Skandinavien ein Breitband-Netz auf Internet-Protokoll-Basis. Dieses Breitband-Netz wird Hochgeschwindigkeits-Kommunikationsdienste für Unternehmen und Privatkunden bieten.

Im Jahr 2001 wird die Utfors das 6 000 km lange Breitband-Netz für Telekom- und Datenübertragungsdienste fertiggestellt haben, das 75 der größten Städte Schwedens sowie Oslo, Kopenhagen und Helsinki miteinander verbinden wird.

Die EIB unterstützt die Finanzierung dieses Breitband-Netzes über ihre Beteiligung an zwei skandinavischen Wagniskapitalfonds, die sich an dem Unternehmen beteiligt haben. Gemanagt werden diese Fonds von der schwedischen Litorina Capital Management bzw. der in Helsinki ansässigen CapMan Capital Management. Die Kapitalbeiträge der EIB für diese beiden Fonds belaufen sich auf 11 Mio EUR bzw. auf 64 Mio EUR.

Die Utfors ist auch an der Errichtung eines 1 100 km langen Breitband-Netzes entlang der nordschwedischen Küste beteiligt. Außerdem plant das Unternehmen, das schwedische Glasfasernetz an andere europäische und amerikanische Netze anzubinden.

stellung entsprechend ist die EIB zudem bemüht, Marktentwicklungen vorzugreifen: Sie versucht dort aktiv zu werden, wo der Mangel an Eigenkapital die Entstehung eines leistungsfähigen und homogenen europäischen Wagniskapitalmarkts behindert. Diese Unzulänglichkeiten können im Umfang der Investitionen, in ihrem Standort oder im Sektor zum Ausdruck kommen. Durch die Finanzierungen der Bank soll diesen Schwächen begegnet werden. Nötig sind daher innovative und attraktive Instrumente, durch die private Investitionen gefördert werden.

Die EIB muß daher angesichts der stetigen Weiterentwicklung des Marktes sehr flexibel sein. So verzeichnet der E-Commerce, der vor drei Jahren noch keine ausreichenden Mittel aufbringen konnte, in letzter Zeit einen sehr starken Zustrom von Investitionskapital. Die Bank, die vor zwei oder drei Jahren in diesem Sektor sehr aktiv gewesen ist, hat ihre Strategie rasch dieser Entwicklung angepaßt. Demgegenüber wird in einem für Europa strategisch so wichtigen Sektor wie der Biotechnologie noch immer nicht ausreichend investiert, da dieser Bereich als zu risikoreich erachtet wird. Die Bank hat ihre Unterstützung hier entsprechend verstärkt.

Damit ihre Investitionsstrategie einen Multiplikatoreffekt bewirken und sie ihrer Rolle als Finanzierungsinstitution der Union gerecht werden kann, muß die Bank somit innovativ und anpassungsfähig sein.

Bis Ende 1999 Risikokapitalfinanzierungen von über einer Milliarde EUR

Die Übersicht auf Seite 12 enthält Angaben zu den Operationen, die die EIB und ihre Tochterinstitution EIF seit der Einrichtung der KMU-Fazilität Mitte 1997 durchgeführt haben. Diese wurden entweder direkt von der Bank mit Fonds oder Finanzintermediären abgeschlossen oder sie erfolgten indirekt auf der Grundlage von Mandaten, die dem EIF zur Verwaltung der mit zwei Tranchen von je 125 Mio EUR ausgestatteten Europäischen Technologiefazilität (ETF) erteilt wurden.

Seit Ende 1997 hat die Bank 30 Operationen zur Bereitstellung von Eigenkapital bzw. Quasi-Eigenkapital im Umfang von über 600 Mio EUR abgeschlossen. Dazu kommen die 250 Mio, mit denen die vom EIF verwaltete ETF ausgestattet ist. Zwölf weitere Operationen im Betrag von insgesamt 257 Mio sind genehmigt und erwarten die Unterzeichnung. Weniger als drei Jahre nach Aufnahme der Finanzierungstätigkeit in diesem Bereich betragen damit die Mittelbindungen der Bank in Form von Eigenkapital- bzw. Quasi-Eigenkapitalbeiträgen in sämtlichen Mitgliedsländern bereits über 1,1 Mrd EUR.

Der überwiegende Teil der Operationen betrifft die Neugründung bzw. die Ko-Finanzierung von Risikokapitalgesellschaften, die in erster Linie KMU im Hochtechnologiebereich Eigenkapital zur Verfügung stellen. Die EIB hat vorrangig Fonds mit regionaler Orientierung gefördert, insbesondere im Vereinigten Königreich (im Rahmen der Operation HSBC Enterprise Funds werden 10 Fonds mit regionaler Ausrichtung finanziert) und in Deutschland (dort auch in den neuen Bundesländern).

Ein weiteres Ziel bestand darin, in Ländern, in denen der Risikokapitalmarkt noch weniger entwickelt ist als in der übrigen Union, neue Risikokapitalfazilitäten zu schaffen; dies war in Griechenland, Spanien, Portugal und Irland der Fall. Die Bank hat außerdem die Entwicklung des italienischen Marktes maßgeblich gefördert (mit insgesamt 152 Mio) und 1999 Mittel in fünf Fonds investiert, die kurz zuvor von Banken oder Risikokapitalgesellschaften errichtet worden waren.

In Frankreich hat die EIB die staatlichen Bemühungen zur Förderung innovativer KMU mitgetragen. In Finnland hat sie umfangreiche Mittel in zwei Fonds investiert, die auf dem Gebiet der Finanzierung von KMU in den Bereichen Informationstechnologie und Telekommunikation sehr aktiv sind.

Schließlich hat sich die EIB an der Errichtung verschiedener paneuropäischer Fonds beteiligt und zum Aufbau neuer Teams von Fondsmanagern beigetragen. Bei der Errichtung von regional ausgerichteten Fonds hat sie außerdem ihr finanzielles Fachwissen eingebracht.

Der EIF seinerseits hat bisher im Rahmen der ETF 20 Operationen im Gesamtbetrag von 98 Mio EUR unterzeichnet. Darüber hinaus sind Operationen von insgesamt 35 Mio genehmigt und erwarten die Unterzeichnung. Gemäß den Leitlinien des von der Bank erteilten Mandats hat der EIF seine Finanzierungstätigkeit im Rahmen der ETF auf das Segment der Risikokapitalfinanzierung junger High-Tech-Unternehmen ausgerichtet. Der gute Start hat dazu beigetragen, daß der EIF, der seine Finanzierungstätigkeit aus seinen eigenen Mitteln, den Mitteln der ETF und den Mitteln der ETF-Startkapital-Fazilität (vom EIF verwaltet und aus Haushaltsmitteln der Union finanziert) durchführt, seine Position als bedeutender europäischer institutioneller Investor in diesem Sektor weiter festigen konnte. Der EIF übernimmt bei der Bereit-

Eingesetzte Mittel

Die EIB teilt die mit den Wagniskapitaloperationen verbundenen Risiken mit ihren Partnerfonds. Das im Rahmen der „KMU-Fazilität" eingegangene Risiko wird durch die Jahresüberschüsse der Bank abgedeckt, die aus ihren traditionellen langfristigen Darlehensoperationen resultieren. Der Rat der Gouverneure genehmigte 1997 die Bereitstellung von 1 Mrd EUR zur Unterlegung der bis 2000 durchgeführten Investitionen. Nunmehr hat der Rat der Gouverneure die Bereitstellung einer weiteren Milliarde EUR aus den Überschüssen der Jahre 1999-2002 genehmigt. Eine erste Zuweisung von 500 Mio EUR ist aus dem Jahresüberschuß 1999 erfolgt.

KMU-FAZILITÄT – Operationen mit Risikoteilung (von der EIB verwaltet) (Stand 31.03.2000)

Bezeichnung der Operation	Unterzeichneter Betrag (Mio EUR)	Sitz der Manager
IMI Risk Sharing	26	IT
ICO-Axis Risk Sharing Loan	9	ES
Sofaris Technological Development	15	FR
SNCI SME Development	9	LU
LTH-SME Venture Capital Fund	20	DE
ABN AMRO Causeway Mezzanine P.	25	GB
BPI Venture Capital	10	PT
Allied Capital Germany Funds	51	DE
Litorina Development Capital	11	SE
Cajas/ING Barings Risk Sharing	30	ES
HSBC Enterprise Funds	18	GB
CDC Fonds Capital-Risque	34	FR
ACT 99 Venture Capital Fund	15	IE
ICC 98 Venture Capital Fund	13	IE
The Baring Growth Funds	46	GB
ES Venture Capital	2	PT
CapMan Finnmezzanine Fund	17	FI
DVCG Venture Capital Fund	15	DE
Innovationsfonds Schleswig-Holstein-Hamburg	7	DE
Invest Equity Beteiligungs-AG	15	AT
Arca Venture Capital Fund	21,8	IT
Euromobiliare Venture Capital Fund	15	IT
Retevisión Venture Capital	8	ES
Retevisión Venture Capital Funds	20	ES
Mediobanca Venture Capital Fund	40	IT
Dresdner KB Venture Capital Fund	25	IT
Eqvitec Technology Mezzanine Fund	17	FI
The Merlin European Biosciences Fund	37,5	GB
CapMan Finnventure V Fund	17	FI
The ICC Private Equity Fund II	13	IE
INSGESAMT (ohne die vom EIF verwaltete ETF in Höhe von 250 Mio)	**601,3**	

Europäische Technologiefazilität (ETF) (vom EIF verwaltet) (Stand 31.03.2000)

Fonds	Betrag der ETF-Beteiligung (Mio EUR)	Sitz der Manager
Advent Private Equity Fund	29,2	GB
Amadeus	15,0	GB
Auriga Ventures	14,7	FR
Banexi Ventures	24,6	FR
Baring European Private Equity Fund L.P.	9,5	GB
Elderstreet Capital Partners	4,5	GB
Enabling Technology Limited Partnership	4,9	DE
Eqvitec Technology Fund I L.P.	3,0	FI
Galileo	24,6	FR
Horizonte Technologiefonds Österreich B.V.	2,2	AT
IT Partners N.V.	4,5	BE
Kennet I Limited Partnership	5,0	GB
Kiwi Venture Partners	17,0	IT
NeSBIC CTE Fund B.V.	2,3	NL
SFK99 Technology Fund Ky	5,5	FI
Sofinnova Capital	34,6	FR
SPEF Pre IPO European Investment Fund	2,0	FR
TEC Plus III	5,5	ES
Technostart	2,6	DE
Trinity Venture Fund 1A	1,9	IE
Vision Capital L.P.	5,2	GB
INSGESAMT	**98,1**	

stellung von Startkapital eine wichtige Katalysatorfunktion, und seine Finanzierungen beschleunigen und optimieren die Aufnahme der Tätigkeit durch die betreffenden Risikokapitalgesellschaften, die in innovativen Bereichen wie Informationstechnologie, Telekommunikation oder Biotechnologie operieren.

Perspektiven

Die EIB und der EIF werden in dem Bestreben, die in Lissabon festgelegten Ziele zu erreichen und der Marktentwicklung voll Rechnung zu tragen, ihre Finanzierungstätigkeit weiterhin auf Fonds ausrichten, die auf die Anlaufphase (Start-up und Early-stage) insbesondere von High-Tech-Unternehmen spezialisiert sind. Vorrang sollen dabei wie bisher paneuropäische Fonds sowie Fonds mit regionaler Orientierung haben.

Im Rahmen der „Innovation-2000-Initiative" dürfte darüber hinaus künftig die Herbeiführung von Wechselwirkungen zwischen Forschung, Innovationsverbreitung und Unternehmensneugründungen aktiv unterstützt werden. Insbesondere die Verbindungen zwischen Universitäten und neuen Unternehmen werden stärkere Beachtung finden. Besondere Aufmerksamkeit wird auch Strukturen wie Gründerzentren oder Wissenschaftsparks gewidmet werden. Diese Entwicklungen dürften der Bank und dem EIF Möglichkeiten zur Förderung neuer Fondsmanagementteams bieten.

Unter organisatorischen Aspekten wird die Straffung der operativen Beziehungen zwischen der EIB und dem EIF (durch die Schaffung einer vereinheitlichten, auf Eigenkapital- bzw. Quasi-Eigenkapitalfinanzierungen spezialisierten Struktur) eine Verstärkung der Synergien zwischen den auf der Ebene der Europäischen Union verfügbaren Risikokapitalinstrumenten und so einen Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung ermöglichen. ■

Marc Schublin
Abteilung Information und Kommunikation
00352/4379-3119
E-mail: m.schublin@eib.org

Verbesserung der Qualität der Schulbildung in ganz Europa

In der Europäischen Union ist bei der Instandhaltung und der Modernisierung von Schulgebäuden ein erheblicher Rückstand zu verzeichnen, und es besteht ein dringender Bedarf an neuen Bildungseinrichtungen. Um die Entwicklung der wissensbasierten Gesellschaft auf eine breitere Basis zu stellen, sind zusätzliche Investitionen in die Verbesserung der Ausrüstung von Schulen und Universitäten mit Computern und Internet-Anschlüssen erforderlich. Gleichzeitig haben viele europäische Länder ihre öffentlichen Ausgaben gekürzt und damit den Spielraum für die Bereitstellung neuer Mittel für das Bildungswesen verringert.

Finanzierungen im Bildungswesen zählen nun zu den normalen Einschaltungsbereichen der EIB und werden auf die Beitrittsländer ausgeweitet

Auf der Grundlage eines Mandats, das der Europäische Rat Amsterdam im Juni 1997 für die EIB gefordert hatte, hat die Bank ihre Tätigkeit im Bildungsbereich stark ausgeweitet. Im Anschluß an die Empfehlungen des Europäischen Rates Köln im Juli 1999 erhielt dieser Auftrag zur Förderung von Bildungsvorhaben einen dauerhaften Charakter und wurde auf die Beitrittsländer ausgedehnt. Schließlich hat der Europäische Rat Lissabon im März 2000 dieser Aufgabe weiteres Gewicht verliehen und die Bildung in Kombination mit der Informations- und Kommunikationstechnik als die Werkzeuge hervorgehoben, mit denen eine auf Innovation und Wissen basierende Gesellschaft geschaffen werden kann.

Damit sind nun die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die EIB ein breites Spektrum von Infrastruktur- und anderen Investitionen im Bildungsbereich finanzieren kann, die von der Modernisierung und dem Bau von Schulen und Universitäten (allgemeine oder berufsorientierte) bis zu grundlegenderen Bildungsvorhaben, einschließlich der Einführung der Informations- und Kommunikationstechnik, Schulungsprogrammen und der Förderung von Forschung und Entwicklung reichen.

Bildungseinrichtungen und Leistungen von Schülern und Studenten

Der Nutzen der Bildung ist allgemein anerkannt. Höhere Bildungsabschlüsse bewirken eine bessere Integration in den Arbeitsmarkt und höhere Einkommen während der Zeit der Berufstätigkeit. Außerdem wirken sich ein gehobener Wissensstand, erworbene Fachkenntnisse und Fähigkeiten nicht nur positiv auf die Arbeitsleistung sondern auch auf das Sozialverhalten aus, und zwar in Form eines besseren Gesundheitszustands, einer geringeren Anfälligkeit für Kriminalität, eines ausgeprägteren Umweltbewußtseins, eines besseren Erziehungsverhaltens und eines verstärkten politischen und sozialen Engagements. Zugang zu lebenslangem Lernen und eine aktive Teilnahme am Arbeitsmarkt sind somit wichtige Voraussetzungen für den sozialen Zusammenhalt und die wirtschaftliche Entwicklung.

Es stellt sich jedoch die Frage, welche Faktoren die Leistungsfähigkeit eines Bildungssystems bestimmen und welchen Beitrag Investitionen in Bildungseinrichtungen dazu leisten können, diesen Nutzen zu bewirken.

Der Zusammenhang zwischen Bildungsniveau und Einkommen ist ein-

deutig nachgewiesen. Die wichtigsten Faktoren, die die Leistungen von Schülern beeinflussen, sind hingegen weniger erforscht, wenngleich von entscheidender Bedeutung.

Es ist erwiesen, daß die Leistungen der Schüler von der Qualität des schulischen Umfelds beeinflußt werden

Es ist erwiesen, daß sich die Qualität des schulischen Umfelds auf die Leistungen der Schüler auswirkt. Investitionen in die Bildungsressourcen (z.B. Ausgaben für Schulen, Lehrer-Schüler-Verhältnis) sowie die Qualität und die Gestaltung der Schulgebäude (z.B. Größe der Klassenräume, Zustand der Gebäude) haben tatsächlich einen Einfluß auf die Leistung von Schülern und Studenten.

Die Auswirkungen von Gebäuden auf die Resultate des Bildungsprozesses sind untersucht worden. Es gibt im wesentlichen zwei Möglichkeiten der Beeinflussung. Die eine besteht in der Schaffung zusätzlicher und verbesserter Einrichtungen, wozu zum Beispiel Labors und moderne Unterrichtsinstrumente wie die Informations- und Kommunikationstechnik gehören. Die andere betrifft das Lernumfeld, d.h. die Schaffung einer Umgebung, die den Schülern und Studenten das Erreichen ihrer Zielsetzungen erleichtert.

Die Verbesserung von Gebäuden wirkt sich positiv auf den Erfolg von Schülern und Studenten (gemessen an Testergebnissen) und ihr Verhalten (gemessen an Teilnahme am und Ausschluß vom Unterricht) aus. Was die Klassenstruktur angeht, so schneiden Schüler in kleinen Klassen in den ersten Schuljahren bei Tests besser ab; dies gilt vor allem für Schüler aus armen Verhältnissen oder aus Familien, die einer Bevölkerungsminderheit angehören. In Frankreich wurde im Rahmen von Studien aufgezeigt, welche negativen Auswirkungen eine ungeeignete Konzeption von Schulgebäuden auf die Leistungen der Schüler haben kann.

Klassen mit zu hohen Schülerzahlen beeinträchtigen die Qualität des Unterrichts, und eine Verringerung der Klassengröße ermöglicht dementsprechend eine Verbesserung der Qualität der Unterrichtsaktivitäten. Sowohl das Erscheinungsbild der Schulgebäude als auch das pädagogische Umfeld können also das Verhalten von Lehrern und Schülern und damit auch das Bildungsniveau beeinflussen.

Ebenso wie die Größe der Klassen kann auch die Größe der Schule eine Rolle spielen. Studien im Vereinigten Königreich über den Zusammenhang zwischen Größe der Schule und Examenserfolg in Sekundarschulen haben ergeben, daß die Erfolgsquote mit der Größe der Schule zunimmt, allerdings mit einer abnehmenden Steigerungsrate. Die Reorganisation der Schulen ist daher von großer Bedeutung.

Eine Erhöhung der Bildungs-Performance erfordert daher sowohl den Einsatz von Arbeit – die Fähigkeiten der Lehrer und des Managements, geeignete Lehrpläne usw. – als auch den Einsatz von Kapital. Berücksichtigt man ferner das Tempo der technischen Innovationen und die zunehmende Bedeutung der wissensbasierten Gesellschaft, so kann die EIB tatsächlich eine Rolle dabei spielen, diesen wachsenden Bedarf des Bildungssektors zu decken.

Rund 90% der von der EIB mitfinanzierten Bildungsvorhaben haben ihren Standort in Fördergebieten

Projektprüfung

Die Bank prüft Vorhaben im Bildungsbereich aus einer system – oder landesbezogenen Perspektive. Die Vorhaben müssen einen volkswirtschaftlichen Nutzen aufweisen, um für eine Finanzierung in Betracht zu kommen. Ein wesentliches Element der Projektprüfung ist die Untersuchung der Auswirkungen der Investition auf das Funktionieren des Bildungssystems und die Übereinstimmung mit den Prioritäten und Zielsetzungen, die auf nationaler oder regionaler Ebene festgelegt werden. Da Bildung zu den immateriellen Wirtschaftsgütern zählt, stellt die Prüfung von Bildungsvorhaben eine große Herausforderung dar (1).

Ein geeigneter „Wegweiser" zur Beurteilung, ob ein Projekt wirtschaftlich und sozial akzeptabel ist oder nicht, ist daher von entscheidender Bedeutung (2). In einigen Ländern wird seit kurzem auch die Einschaltung des privaten Sektors in Betracht gezogen, um die öffentlichen Haushalte bei der Finanzierung neuer Bildungseinrichtungen zu entlasten. Die Beteiligung privater Partner ermöglicht eine Risikoteilung zwischen den verschiedenen Akteuren und die Entwicklung innovativer Lösungen beim Bau bzw. bei der Renovierung von Schulgebäuden.

Operationen der EIB im Bildungsbereich

Bisher beliefen sich die Direktinvestitionen zugunsten von Bildungseinrichtungen, die von der EIB finanziert wurden, auf insgesamt rund 2,3 Mrd EUR. Im Vergleich zu anderen Infrastrukturvorhaben sind Investitionen im Bildungssektor von relativ geringem Umfang. 90% der seit 1997 mitfinanzierten Vorhaben haben ihren Standort in Fördergebieten. Es läßt sich daher

(1) Die wichtigsten Methoden der Bewertung des volkwirtschaftlichen Nutzens sind die Kosten-Nutzen- oder die Kostenwirksamkeitsanalyse. Im Rahmen der Prüfung ermittelt die Bank Nutzen und Kosten des Projekts und isoliert die Elemente, die monetär bewertet werden können. Auf der Grundlage der verfügbaren Daten kann nicht immer eine volkswirtschaftliche Rentabilität (interner Zinsfuß) ermittelt werden.

(2) Bei der Prüfung eines Bildungsvorhabens müssen auch die verschiedenen zur Verfügung stehenden Finanzierungsmöglichkeiten berücksichtigt werden, die zum Beispiel folgende Formen annehmen können: öffentliche Haushaltsmittel, Darlehen, Finanzierungsleasing, Operating Leasing oder private Finanzierungsinitiativen.

sagen, daß die Einschaltung der Bank zur regionalen und städtischen Entwicklung sowie zur Förderung von Qualifikationen beiträgt.

Die Aufgliederung der Vorhaben nach Bildungsebenen zeigt, daß rund zwei Drittel der Projekte den Hochschulbereich – zum Beispiel Universitäten in Spanien, Italien und Griechenland – betreffen, und zwar sowohl Universitäten als auch höhere berufsbildende Schulen.

Seit kurzem finanziert die Bank auch zunehmend Primär- und Sekundarschulprojekte. Diese betreffen zum Beispiel die Verringerung des Instandhaltungsrückstands, die Modernisierung der Schulinfrastruktur sowie die Ausrüstung von Schulen mit moderner Informations- und Kommunikationstechnik. Einige dieser Vorhaben werden im Rahmen von öffentlich-privaten Partnerschaften durchgeführt, die die Möglichkeiten des privaten Sektors, zur Erhöhung der Standards betreffend Konzeption, Eignung und Flexibilität im Hinblick auf sich wandelnde Lehrpläne und soziale Bedürfnisse beizutragen, ausschöpfen sollen. Vorhaben im Zusammenhang mit Bibliotheken und Kunstakademien werden derzeit ebenfalls geprüft.

Außerdem ist zu berücksichtigen, daß in einer durch lebenslanges Lernen gekennzeichneten Gesellschaft auch die Förderung der Weiterbildung von Lehrern, Managern, Angestellten usw. – innerhalb und außerhalb der traditionellen Ausbildungseinrichtungen – von Bedeutung ist. Die Verflechtung von Bildung und Arbeitsmarkt kann durch Investitionen in Forschung und Entwicklung bei gleichzeitiger Förderung der Bereiche, die – wie z.B. technolgieorientierte KMU, Wissenschaftsparks usw. – Innovationen im privaten Sektor begünstigen, weiter verstärkt werden. Die Verbesserung des Bildungsniveaus wird somit eine Anstoßwirkung haben.

Schlußfolgerung

Die „Neue Wirtschaft" hat neue Erwartungen an das Bildungssystem geweckt, was innovative Investitionen in Einrichtungen und Dienstleistungen sowie die Entwicklung neuer Unterrichtsmethoden erforderlich macht. Sowohl die zuständigen staatlichen Stellen als auch Eltern und ihre Kinder sind nach wie vor über die Qualität der Ausbildung an Schulen und Universitäten besorgt.

Anlageinvestitionen spielen eine Rolle beim Ausbau der Bildungsinfrastruktur, zu der zum Beispiel Gebäude, Ausrüstung und Hilfsmittel gehören, die für den Betrieb und die Leitung von Schulen, Universitäten und anderen Bildungseinrichtungen erforderlich sind. Im Rahmen ihres erweiterten Mandats für Finanzierungen im Bildungswesen kann die EIB maßgeblich zur Schaffung neuer Bildungseinrichtungen in Europa beitragen. ■

Olivier Debande &
Eugenia Kazamaki Ottersten
Direktion Projekte
Tel.: 00352/4379-8562
00352/4379-8558
E-mail: o.debande@eib.org
e.kazamaki@eib.org

In dem vor kurzem von der EIB und der OECD herausgegebenen Buch „The Appraisal of Investments in Educational Facilities" werden vor allem die Auswirkungen der Investitionen in Schulen auf die Leistungen der Schüler und die volkswirtschaftliche Rentabilität von Bildungsinvestitionen untersucht.

Darüber hinaus beeinflussen zahlreiche weitere Faktoren den Bildungserfolg, darunter soziale Faktoren wie zum Beispiel der familiäre Hintergrund, Traditionen und Ambitionen, die alle eine wichtige Rolle spielen.

Darlehen zugunsten des Bildungswesens in Spanien

Unter den Finanzierungen in Spanien befinden sich drei gute Beispiele für von der EIB finanzierte Bildungsprojekte im Gesamtbetrag von 314 Mio EUR, die alle auf die Beseitigung klar umrissener bildungsbezogener Probleme abzielen. Angesichts des dezentralisierten Bildungssystems sind sich die Autonomen Regionen – Comunidades Autónomas – ganz besonders der entscheidenden Bedeutung bewußt, die der Bildung für die Entwicklung ihrer Region zukommt. Bildungsinvestitionen sind Teil umfassender Mehrjahresprogramme im Rahmen einer langfristigen Strategie.

In Galicien, einer strukturschwachen Region in Nordwestspanien, erhalten derzeit 160 Sekundarschulen Mittel für die Modernisierung der Einrichtungen, die Verringerung der Klassengröße, die Einführung neuer Fächer und die Fortbildung von Lehrern. Die Verbesserungen kommen rund 250 000 Schülern im Alter zwischen 10 und 16 zugute.

Hochschulinvestitionen werden zur Verbesserung der Universitätseinrichtungen in Alicante, Castellón, Elche, Valencia, Almería, Cadiz, Granada, Huelva, Malaga und Sevilla in den Regionen Valencia und Andalusien beitragen. Sowohl Fachhochschulen als auch Universitäten wird die Erneuerung oder Modernisierung von Gebäuden – einschließlich Vorlesungssäle, Bibliotheken, Verwaltungsgebäude und Labors – sowie die Anschaffung neuer Ausrüstung zugute kommen. Priorität wurde dabei den Fachrichtungen, die auf die Ausbildung von Fachkräften für die Industrie ausgerichtet sind, sowie dem Forschungs- und Entwicklungsbedarf der Industrie eingeräumt.

Westeuropa	Mitteleuropa	Partnerländer
Vereinigtes Königreich Irland Skandinavien/Finnland	Deutschland Österreich	Maghreb/Maschrik Naher Osten, Balkan Türkei
Spanien Portugal	Mittel- und Osteuropa & Baltische Länder	Afrika, Karibik und Pazifik/Südafrika
Frankreich Benelux	Italien Griechenland/Malta/ Zypern	Asien und Latein- amerika

EIB passt ihre operativen Strukturen ihren neuen Aufgaben an

Als die Finanzierungsinstitution der Union nimmt die Bank regelmäßig Anpassungen ihres Modus operandi und ihrer Organisationsstruktur vor, um so dem Bedarf der Wirtschaft und den Prioritäten ihrer Finanzierungstätigkeit im Dienste der Ziele der Union optimal Rechnung zu tragen.

Die Bank hat vor kurzem eine Umstrukturierung ihrer Dienststellen vorgenommen und sich dabei an den jüngsten Leitlinien der Europäischen Räte von Helsinki (Dezember 1999) und Lissabon (März 2000) orientiert, die der Vorbereitung auf die Erweiterung der Union und der Entwicklung der Wissens- und Innovationsgesellschaft als Antriebskraft für Wachstum in Europa maßgebliche Bedeutung beigemessen haben. Die vorgenommenen Änderungen sind in dem neuen Organigramm der EIB enthalten, das auf der Internet-Seite www.eib.org eingesehen werden kann und dort regelmäßig aktualisiert wird.

Reorganisation der Finanzierungstätigkeit

Um die Kandidatenländer bei ihren Beitrittsvorbereitungen besser unterstützen zu können und der Nachfrage von Partnerinstituten und Kunden der EIB nach vergleichbaren Finanzierungsprodukten sowohl innerhalb als auch außerhalb der Union unter Anwendung einheitlicher operativer Praktiken zu entsprechen, wurden die für die Darlehensaktivitäten zuständigen Direktionen der EIB in einer einzigen „Direktion für Finanzierungen" zusammengefaßt. Der strukturelle Aufbau dieser neuen Direktion umfaßt drei Säulen, die sich in einander ergänzende geographische Einschaltungsbereiche wie folgt untergliedern:

- „Westeuropa" (die nordischen Länder, das Vereinigte Königreich, Irland, die Benelux-Staaten, Frankreich, Spanien und Portugal);
- „Mitteleuropa" (Deutschland, Österreich, Griechenland, Italien, die Länder Mittel- und Osteuropas sowie Zypern und Malta, die den Beitritt zur Union beantragt haben);
- „Partnerländer" (Drittländer des Mittelmeerraums, Balkan-Wiederaufbauhilfe, Afrika, Karibik und Pazifik sowie Asien und Lateinamerika).

In dieser Neuaufteilung der Darlehenstätigkeit kommt der Wunsch der Bank zum Ausdruck, durch einheitliche operative Verfahren auf der Ebene der Darlehen und der Auswahl der Projekte eine rasche Integration der Beitrittsländer zu fördern. Eines der wichtigsten Ziele der EIB in diesen Ländern besteht effektiv darin, die Übertragung des „gemeinschaftlichen Besitzstandes" („acquis communautaire") nicht nur durch ihre im Auftrag der EU durchgeführten Operationen, sondern auch durch die Vor-Beitritts-Fazilität zu erleichtern. Diese wurde von der EIB eingerichtet, um mit einem indikativen Betrag von 8,5 Mrd EUR im Zeitraum 2000-2003 Darlehen für Vorhaben in diesen Ländern auf eigenes Risiko vergeben zu können. Die neue Organisationsstruktur ist ferner Ausdruck der stetigen Zunahme der mit Unterstützung der europäischen Partner aus der Industrie bzw. dem Bankensektor durchgeführten Operationen in Drittländern.

Die neue Struktur wird auch dazu beitragen, den Austausch von Know-how zwischen integrierten Expertenteams zu erleichtern, indem sie Fachwissen und Verantwortlichkeiten für die der gesamten Finanzierungstätigkeit der EIB gemeinsamen Bereiche wie die Einführung neuer Produkte, die Projektfinanzierung, die Darlehensüberwachung usw. funktional zusammenfaßt.

Eine einzige für sämtliche drei Bereiche der Direktion für Finanzierungen zuständige Hauptabteilung Koordination wird dafür verantwortlich sein, die gemeinsamen Funktionen zur operativen Unterstützung der Kunden der Bank, die Abstimmung mit anderen Direktionen, die Darlehensüberwachung und den Einsatz von budgetären und menschlichen Ressourcen zu koordinieren. Zu ihren Aufgaben wird in Kooperation mit der bestehenden Hauptabteilung der Direktion Projekte auch die operative Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission und den internationalen Finanzierungsinstitutionen gehören. Somit wird mit den neuen Strukturen auch das Bemühen der Bank unterstrichen, auf praktischer Ebene einen umfassenden Dialog mit ihren europäischen und internationalen Partnern zu führen und so größtmögliche Synergieeffekte zwischen ihren Aktionen und denen der Union sowie der anderen Akteure der internationalen Gemeinschaft zu erzielen.

Die Direktion Projekte: Fachwissen für die Projektprüfung

Aufgabe der Direktion Projekte ist es, die der Bank für eine Finanzierung unterbreiteten Projekte in wirtschaftlicher, technischer und ökologischer Hinsicht zu prüfen. Die Direktion umfaßt rund 75 Ingenieure und Volkswirte, die ihre Tätigkeit in enger Zusammenarbeit mit den Teams der Direktion für Finanzierungen ausüben.

Die Direktion ist in drei Hauptabteilungen aufgeteilt, die für die folgenden Bereiche zuständig sind: a) Infrastruktur einschließlich Verkehr, Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung; b) Energie, Telekommunikation und Abfallwirtschaft sowie c) Industrie und Dienstleistungen. Dieser auf Wirtschaftsbereichen basierende Ansatz, der im Kontrast zu dem für die Direktion für Finanzierungen gewählten geographischen Ansatz steht, ermöglicht einen besseren Austausch von Know-how zwischen den in ihren jeweiligen Fachgebieten für die Prüfung von Projekten in der Union und außerhalb verantwortlichen Volkswirten und Ingenieuren.

Mit ihren Finanzierungsbeschlüssen trägt die EIB dazu bei, die Politiken der EU in die wirtschaftliche Realität umzusetzen. Aus diesem Grund ist die Direktion über eine Hauptabteilung Koordination, die unmittelbar dem Direktor mit Generalvollmacht untersteht, auch für die sektorübergreifenden Aspekte verantwortlich, die im einzelnen die Umwelt- und die Regionalentwicklungspolitik sowie methodologische Fragen betreffen. Die Hauptabteilung ist ferner für die Koordination der Aktivitäten der Bank mit denen der Kommission und der nationalen Behörden im Rahmen der Umsetzung der EU-Politiken zuständig.

Die neue Organisationsstruktur mißt der Konzipierung und Umsetzung einer umweltrelevanten Prüfung der Projekte besondere Bedeutung bei. Ein unmittelbar dem Direktor mit Generalvollmacht unterstehender Koordinator für Umweltfragen ist nicht nur für die Festlegung der diesbezüglich relevanten Strategien, Kriterien und Methoden zuständig, sondern hat darüber hinaus auch sicherzustellen, daß diese in die von den Ingenieuren und Volkswirten der jeweiligen sektoralen Hauptabteilungen vorgenommene Projektprüfung einbezogen werden.

Bei der Erfüllung dieser Aufgabe werden der Koordinator und sein Assistent von Ansprechpartnern in den verschiedenen Hauptabteilungen unterstützt, die gewährleisten, daß ihre Abteilungen über die erforderlichen Analyse- und Planungsinstrumente verfügen. Ferner hält der Koordinator das Management der Bank kontinuierlich über Umweltfragen und -aspekte auf dem laufenden.

Mit dem in der Direktion Projekte zusammengefaßten Know-how ist die EIB in der Lage, Projektträgern eine optimale Unterstützung bei der Konzipierung, Durchführung und Überwachung von Investitionsvorhaben zu geben, vor allem in den strukturschwachen Regionen der Union und in den Beitrittsländern.

Verstärkte Kontrollstrukturen

Mit der Reform der Projektfinanzierungs- und -prüfungsstrukturen geht eine kontinuierliche Anpassung der internen Finanz- und Rechnungslegungskontrolle der Bank einher, die der Entwicklung der besten Bankenpraxis Rechnung trägt.

Der Direktor der unabhängigen Hauptabteilung Finanzkontrolle der EIB untersteht unmittelbar dem Präsidenten der Bank. Mit der Unterstützung seiner Abteilungen, die vollen Zugang zu sämtlichen Informationen über die Finanzströme der EIB haben, ist er für die Aufstellung und die Überprüfung der Finanzausweise sowie für die allgemeine Buchhaltung und die analytische Weiterentwicklung zuständig. Auf dieser Grundlage analysiert er die Ergebnisse der Bank vor dem Hintergrund der gesetzten Ziele und gibt Empfehlungen zur Optimierung der Ziele. Ferner trägt er zur Überwachung des finanziellen Managements der Bank und zur Festlegung ihrer finanziellen Politik bei, indem er begründete Stellungnahmen zu finanzpolitischen Fragestellungen – u.a. in den Bereichen Darlehen, Kreditrisiko, Treasury-Operationen, Anleihen, Aktiv-Passiv-Management und Budget – abgibt.

Die Finanzkontrolle koordiniert ihre Maßnahmen mit denen der externen Abschlußprüfer der Bank (derzeit Ernst & Young) mit dem Ziel, dem Prüfungsausschuß Finanzausweise vorlegen zu können, die entsprechend den höchsten Transparenzstandards aufgestellt und geprüft wurden. Sie übernimmt somit eine wichtige Vermittlerfunktion gegenüber dem Prüfungsausschuß, der sich aus drei vom Rat der Gouverneure ernannten unabhängigen Personen zusammensetzt.

Die Tätigkeit der Hauptabteilung Finanzkontrolle ergänzt die von der Innenrevision der Bank durchgeführten Arbeiten, deren Aufgabe darin besteht, objektive und unabhängige Beurteilungen der Kontrollsysteme und -verfahren der EIB vorzunehmen. Diese Einheit, die sich streng an die vom International Institut of Internal Auditors festgelegten Standards hält, ist unmittelbar dem Präsidenten der Bank verantwortlich. ■

Ernennungen

Im Rahmen der oben beschriebenen Umstrukturierung der operativen Direktionen und der Neubesetzung bestimmter Posten des Senior Managements wurden die folgenden Ernennungen vorgenommen:

- Die drei Bereiche der Direktion für Finanzierungen werden von drei Direktoren mit Generalvollmacht geleitet, von denen Michel Deleau für die Direktion Westeuropa, Terence Brown für Mitteleuropa und Jean-Louis Biancarelli für die Partnerländer zuständig ist. Jos van Kaam, Direktor, wird unter der Aufsicht von Michel Deleau für die gemeinsame Hauptabteilung Koordination verantwortlich sein.

- Eberhard Uhlmann wurde zum Chefsyndikus der Direktion für Rechtsfragen ernannt.

- Walter Cernoia hat die Aufgabe des Chief Executive des Europäischen Investitionsfonds (EIF) übernommen, des auf Wagniskapitaloperationen spezialisierten Geschäftsbereichs der EIB-Gruppe.

- Emanuel Maravic wurde Direktor der Hauptabteilung für Finanzierungen in Mittel- und Osteuropa.

- Dominique de Crayencour wurde zum Direktor des Repräsentationsbüros der EIB in Brüssel ernannt.

- Constantin Christofidis wird Direktor der Hauptabteilung Industrie und Dienstleistungen der Direktion Projekte.

- Patrice Géraud leitet künftig die Hauptabteilung Koordination der Direktion Projekte mit dem Titel eines stellvertretenden Direktors.

- Andreas Verykios wurde zum Direktor der Autonomen Hauptabteilung Personal ernannt.

- Per Jedefors hat die Funktion des stellvertretenden Direktors der Hauptabteilung Kreditrisiken mit Zuständigkeit für Operationen und Infrastruktur übernommen.

Michel Deleau

Wirtschaftswissenschaftler, Absolvent der École Polytechnique, Bauingenieur; Tätigkeit in den Bereichen Forschung, Lehre und volkswirtschaftliche Analyse insbesondere im Wirtschaftsministerium in Paris; er kam 1986 als Direktor der Hauptabteilung Wirtschaftsstudien in der Europäischen Union zur EIB; 1994 wurde er Direktor mit Generalvollmacht der Direktion Finanzierungen außerhalb der EU und 1995 Direktor mit Generalvollmacht der Direktion 2 der Direktionen Finanzierungen in der EU.

Emanuel Maravic

Jurist; kam 1996 nach dem Beitritt Österreichs, Finnlands und Schwedens als Direktor der Hauptabteilung für Finanzierungen in Deutschland und Österreich zur EIB; vorher war er für die österreichische Creditanstalt in London und New York, dann für die Deutsche Bank in Hongkong, Sydney und Manila tätig.

Terence Brown

First-class honours degree in Commerce, Master of Business Studies (Hons.); kam 1978 als Darlehensreferent in der Direktion Finanzierungen außerhalb der EU zur EIB, wurde 1983 Leiter der Abteilung Koordination und 1986 Leiter der Abteilung für Finanzierungen in Mittelmeer-Drittländern. 1990 übernahm er den Aufbau der Finanzierungstätigkeit der Bank in Mittel- und Osteuropa und wurde 1992 zum Direktor dieser Hauptabteilung ernannt. Von 1991-1996 war er Vertreter der EIB im Direktorium der EBWE; 1996 wurde er mit der Schaffung einer unabhängigen Hauptabteilung Kreditrisiken betraut.

Dominique de Crayencour

Volkswirt; nach Tätigkeit bei der Weltbank und beim Morgan Guaranty Trust kam er 1980 als Darlehensreferent zur EIB, wurde 1986 Leiter des Büros der EIB in Lissabon und 1990 Leiter der Abteilung Organisation und Methoden. 1993 wechselte er zur Hauptabteilung Kredit und Verwaltung der Finanzierungen und wurde 1997 zum Direktor der Hauptabteilung Informationstechnik ernannt.

Jean-Louis Biancarelli

Volkswirt und diplomierter Politikwissenschaftler; kam 1977 nach vierjähriger Tätigkeit bei der Weltbank als Darlehensreferent zur EIB, wurde 1983 Leiter der Abteilung für Finanzierungen in Westafrika und 1986 Leiter der Abteilung für Finanzierungen in Frankreich; 1992 wurde er Direktor der Hauptabteilung für Finanzierungen in Afrika, 1994 der Hauptabteilung Afrika, Karibik, Pazifik und 1996 Direktor der Hauptabteilung „Mittelmeerraum".

Constantin Christofidis

Chemieingenieur; nachdem er zunächst im Privatsektor in Griechenland tätig war, kam er 1983 als Fachmann für die chemische Industrie zum Ingenieurstab der EIB. Als Abteilungsleiter in der Hauptabteilung Industrie (1992) war er insbesondere für die Prüfung von Projekten in der Erdöl-, der petrochemischen und der pharmazeutischen Industrie verantwortlich.

Jos van Kaam

Volkswirt; kam 1971 zur EIB und war in der Direktion Finanzierungen in der Gemeinschaft tätig; 1983 wurde er zum Leiter der Abteilung für Finanzierungen im Vereinigten Königreich und 1993 zum Leiter der Abteilung für Spanien ernannt; seit dem 1. Januar 2000 war er Direktor der Hauptabteilung Koordination der Direktion Finanzierungen in der Europäischen Union.

Patrice Géraud

Diplom-Mathematiker und -Volkswirt; kam 1977 als Fachmann für den Verkehrs- und Telekommunikationssektor zur EIB, übernahm 1986 die Leitung der Abteilung Infrastruktur der Direktion für Volkswirtschaft und später die der Abteilung Grundsatzfragen. 1995 wurde er zum Leiter der Abteilung Koordination der Direktion Projekte ernannt.

Eberhard Uhlmann

Jurist, ausländischer Absolvent der ENA; nach einer beruflichen Spezialisierung auf den Bankensektor kam er 1979 zur EIB, wo er in der Direktion für Finanzen zunächst in der Hauptabteilung Gelddisposition tätig war; 1983 wurde er Leiter der Abteilung Planung und Kontrolle; seit dem 1.1.1996 war er Direktor der Hauptabteilung Planung und Abwicklung.

Andreas Verykios

Volkswirt und Absolvent des INSEAD (Fontainebleau); nach einer Tätigkeit im privaten Sektor im Vereinigten Königreich und in Griechenland kam er 1981 als Leiter der Abteilung für Finanzierungen im Vereinigten Königreich zur EIB; seit 1996 war er Direktor des Repräsentationsbüros der Bank in Brüssel.

Walter Cernoia

Diplom-Betriebswirt; nachdem er im Bankensektor in Mailand und in London tätig war, kam er 1982 als Referent für Finanzierungen in Ostafrika und im Indischen Ozean zur EIB. 1986 wurde er Leiter der Abteilung für Finanzierungen in Spanien und 1992 Leiter der Abteilung für Polen, Ungarn, das ehemalige Jugoslawien und die Baltischen Länder. Seit 1996 war er Direktor der Hauptabteilung für Finanzierungen in Mittel- und Osteuropa.

Per Jedefors

Per Jedefors kam im März 2000 zur EIB, nachdem er als Program Manager für Korea bei der Weltbank tätig war. Vor seiner Entsendung zur Weltbank durch die Skandinaviska Enskilda Banken (SEB) hatte er dort die Positionen Head of Group Staff EMU, Global Head of Credits, Client Executive und Chief Financial Officer inne. Vor seinem Eintritt in die SEB war er Senior Engagement Manager bei McKinsey & Company und arbeitete bei einem privaten Unternehmen in New York.

Das neue AKP-EU-Partnerschaftsabkommen

Erhebliche Veränderungen und umfangreichere Aufgaben für die EIB

Cotonou, 23. Juni 2000. Das wirtschaftliche Zentrum Benins wurde als Unterzeichnungsort für das neue AKP-EU-Partnerschaftsabkommen gewählt, das die Fortsetzung der 25-jährigen Tätigkeit im Rahmen der Abkommen von Lome ermöglichen wird. Mit etwa 400 Delegierten, die unter anderem 71 Länder Afrikas, des karibischen Raums und des Pazifischen Ozeans (AKP-Staaten), die 15 EU-Mitgliedsländer, die Europäische Kommission und die EIB repräsentieren, war dies eine außergewöhnliche Veranstaltung. Das neue Abkommen ist das Ergebnis langwieriger Verhandlungen, die offiziell im September 1998 aufgenommen und Anfang Februar 2000 abgeschlossen wurden.

Das neue AKP-EU-Partnerschaftsabkommen beruht auf der Erfahrung der früheren Abkommen von Lome, die insgesamt positive, jedoch gelegentlich auch hinter den Erwartungen zurückbleibende Ergebnisse erbracht haben. Es trägt dem heutigen Wirtschafts- und Handelsumfeld, der Bevölkerungsentwicklung, dem Umweltbewußtsein sowie dem zunehmend größer werdenden Wachstumsabstand zwischen der Mehrzahl der AKP-Länder und den übrigen Entwicklungsländern Rechnung.

Infolgedessen wird bei der Entwicklungspartnerschaft ein anderer Ansatz für die Entwicklungskooperation gewählt: während der Hauptschwerpunkt weiterhin die wirtschaftliche Entwicklung bleibt, werden in dem neuen Abkommen politische Aspekte stärker berücksichtigt.

EIB übernimmt die Verwaltung der neuen Investitionsfazilität

Eine Strategie für die wirtschaftliche Entwicklung

Das Kernziel der Partnerschaft ist die Verringerung und letztlich die Beseitigung der Armut. Dieses Ziel muß die Stütze aller Strategien zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung sein, *„in deren Mittelpunkt der Mensch steht"*. Im Abkommen wird klar dargelegt, daß die AKP-Staaten ihre Wirtschaftsmodelle und -strategien souverän bestimmen können. Es wird jedoch auf die Notwendigkeit eines integrierten Ansatzes bei der Festlegung spezifischer Strategien unter Berücksichtigung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und umweltbezogenen Aspekte der Entwicklung hingewiesen.

Die dem zugrundeliegende Philosophie enthält eine Reihe neuer Elemente wie z.B. die Anerkennung der grundlegenden Funktion des privaten Sektors in jeder Entwicklungsstrategie, die Notwendigkeit einer stärkeren Beteiligung der bürgerlichen Gesellschaft und die Anwendung marktwirtschaftlicher Grundsätze.

Infolgedessen werden die Entwicklung des privaten Sektors, die Verbesserung des Zugangs zu Produktionsmitteln und Finanzmitteln, die Erhöhung der Zahl der Arbeitsplätze, die Wahrung der Rechte des Einzelnen und die Deckung des grundlegenden Bedarfs, die Verbesserung der sozialen

Lage und die Schaffung von Voraussetzungen für *„eine gerechte Verteilung der Früchte des Wachstums"* als Schlüsselkomponenten eines derartigen Ansatzes ausdrücklich erwähnt.

Außerdem sollte durch Unterstützung wirtschaftlicher und institutioneller Reformen dazu beigetragen werden, ein geeignetes Umfeld für Investitionen des privaten Sektors und die Entwicklung des Finanzsektors zu schaffen.

Stärkere Berücksichtigung politischer Aspekte

Das neue Abkommen sieht eine deutlich stärkere Berücksichtigung politischer Aspekte vor, was in seiner langen Laufzeit von 20 Jahren zum Ausdruck kommt. Es schließt jetzt einen politischen Dialog über Friedensförderung und Konfliktvorbeugung sowie die Verstärkung wesentlicher Elemente wie die Einhaltung der Menschenrechte, demokratische Grundsätze, Rechtsstaatlichkeit und gute Staatsführung ein, die als integrierende Bestandteile einer nachhaltigen Entwicklung definiert werden. Alle Beteiligten haben sich verpflichtet, diese Prinzipien einzuhalten und zu unterstützen und in ernsten Fällen von Korruption gemeinsam zu handeln, selbst wenn keine EU-Finanzierungen unmittelbar betroffen sind.

Dies ist ein umfassender Ansatz, bei dem die wirtschaftliche, die kulturelle und die soziale Entwicklung als Mittel betrachtet werden, die einen Beitrag zu Frieden und Sicherheit leisten und ein stabiles und demokratisches politisches Umfeld fördern, das seinerseits den Rahmen für Entwicklungsstrategien bilden wird.

Finanzielle Zusammenarbeit

Wie bei den vorausgegangenen Abkommen, wird der EIB auch hier eine Schlüsselrolle im Zusammenhang mit den die finanzielle Kooperation betreffenden Aspekten des Abkommens übertragen. Das die ersten fünf Jahre (2001-2005) betreffende Finanzprotokoll sieht eine Finanzhilfe von insgesamt 15,2 Mrd EUR vor, wovon maximal 1,7 Mrd EUR auf Darlehen aus eigenen Mitteln der Bank (1) und 2,2 Mrd EUR auf die neue Investitionsfazilität entfallen, die von der EIB verwaltete werden soll. Dies ist eine beträchtliche Erhöhung gegenüber den im Rahmen des Vierten Abkommens von Lome verfügbaren Mitteln (2).

Die Instrumente der finanziellen Zusammenarbeit auf der Basis von Haushaltsmitteln wurden auf zwei reduziert, und zwar Zuschüsse (11,3 Mrd EUR für den Zeitraum 2001-2005), die von der Europäischen Kommission verwaltet werden, sowie eine neue Investitionsfazilität zur Bereitstellung von Risikokapital und Darlehen für den privaten Sektor. Die Investitionsfazilität stellt eine bedeutende Veränderung gegenüber den früheren Risikokapitaloperationen dar, und zwar nicht nur aufgrund ihres Umfangs (2,2 Mrd EUR für die ersten fünf Jahre, gegenüber 1 Mrd EUR im Rahmen des Zweiten Finanzprotokolls zum Vierten Abkommen von Lome), sondern auch aufgrund ihrer Ausrichtung und ihrer Einsatzmöglichkeiten.

EIB soll in den ersten fünf Jahren maximal 3,9 Mrd EUR bereitstellen

Die Investitionsfazilität ist für die Finanzierung der Entwicklung des privaten Sektors und nach kommerziellen Grundsätzen geführter Unternehmen des öffentlichen Sektors bestimmt. Die Operationen werden zu Marktkonditionen durchgeführt und so strukturiert, daß eine Verdrängung von Finanzierungsmitteln aus privaten Quellen vermieden wird, jedoch gleichzeitig ein Katalysatoreffekt dadurch erzielt wird, daß die Mobilisierung langfristiger inländischer Mittel gefördert wird und ausländische private Anleger und Geldgeber angezogen werden.

Die Fazilität wird als *revolvierender* Fonds unterhalten, in den die Erträge aus den Operationen zurückfließen. Das bedeutet, daß nach einiger Zeit

(1) Aus Mittelaufnahmen auf den internationalen Kapitalmärkten.
(2) 3,9 Mrd EUR, gegenüber 2,25 Mrd EUR im Rahmen des Ersten Finanzprotokolls zum Vierten Abkommen von Lome und 2,658 Mrd EUR im Rahmen des Zweiten Finanzprotokolls zum Vierten Abkommen von Lome.

keine Wiederauffüllung der Fazilität aus Haushaltsmitteln mehr erforderlich sein sollte. Es wird außerdem damit gerechnet, daß die Fazilität langfristig finanziell selbsttragend sein wird.

Zur Zeit arbeiten die Mitgliedstaaten, die Europäische Kommission und die EIB an der Definition des Rahmens für die Verwaltung und das Funktionieren der Investitionsfazilität. Wenngleich sich viele Einzelheiten noch in Prüfung befinden, wird in den Management-Vereinbarungen die Notwendigkeit berücksichtigt werden, dem Bedarf des privaten Sektors in wirksamer Weise Rechnung zu tragen.

Die Darlehen aus eigenen Mitteln der Bank in diesem neuen Rahmen sind vom Rat der Gouverneure der EIB genehmigt und in das Abkommen einbezogen worden. Auf diese Weise bestätigt die EIB die Fortsetzung ihres Engagements zugunsten der Unterstützung der Entwicklungspolitik der Europäischen Union in den AKP-Ländern. Durch die Darlehen aus eigenen Mitteln der Bank werden Investitionsvorhaben finanziert, die den normalen Ausleihungskriterien der EIB entsprechen. ■

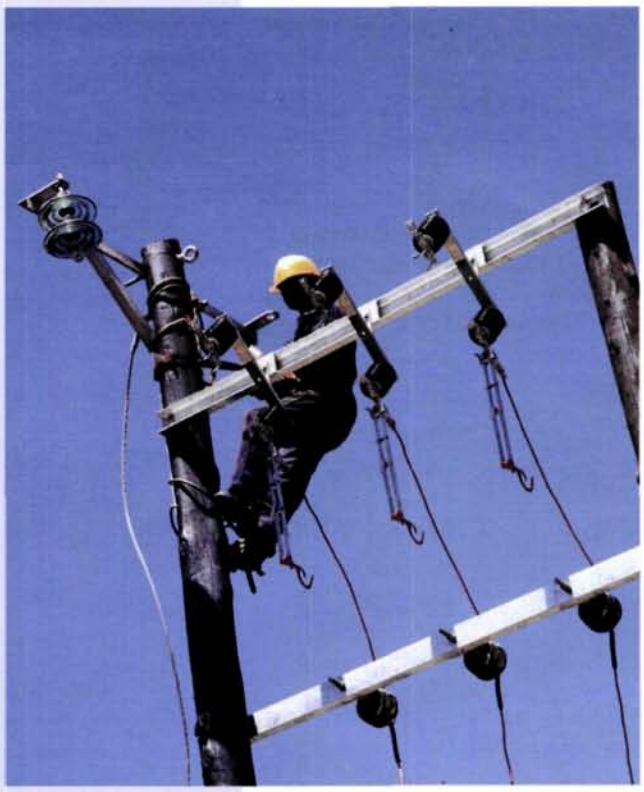
Mercedes Sendin de Cáceres
Abteilung Information und Kommunikation
00352/4379-3134
E-mail: m.sendin@eib.org

HIPC-Initiative

Die EIB hat vor kurzem einer Beteiligung am Schuldenerlaß auf der Grundlage des erweiterten Rahmens der Schuldenentlastungs-Initiative zugunsten hochverschuldeter Entwicklungsländer (HIPC-Initiative) zugestimmt, nachdem ein erster Betrag bereits 1998 genehmigt worden war. Die Beteiligung der Bank an dieser Initiative erhöht sich damit auf insgesamt 70 Mio EUR. Die EIB-Mittel stellen für die potentiell für einen HIPC-Schuldenerlaß in Betracht kommenden Länder Zuschußmittel dar, aus denen bestimmte Zahlungen für EU-Darlehen geleistet werden sollen. Der für die Bank ermittelte Beitrag entspricht dem Anteil ihrer Darlehen aus eigenen Mitteln an den insgesamt zu erlassenden Schulden.

Die HIPC-Initiative wurde im September 1996 von der Weltbank und vom IWF in die Wege geleitet, um das Problem der übermäßigen Verschuldung anzugehen, die für die Entwicklung einer Reihe armer Länder ein großes Hindernis ist. Um im Rahmen dieser Initiative für einen Schuldenerlaß in Frage zu kommen und diesen auch tatsächlich zu erhalten, müssen die Länder bestimmte Performance-Kriterien erfüllen.

Im September 1999 vereinbarten die Gouverneure des IWF und der Weltbank – unter ihnen vor allem viele aus der EU – einen erweiterten Rahmen für die HIPC-Initiative zur umfassenderen und schnelleren Schuldenentlastung von Entwicklungsländern. Die ursprüngliche HIPC-Initiative sah einen Schuldenerlaß bei Erreichen eines Durchführungspunktes, d.h. bei Erfüllung bestimmter Performance-Kriterien, vor. Auf der Grundlage des erweiterten Rahmens können nunmehr die Gläubiger, einschließlich der Bank, bereits in der Zeit zwischen dem Entscheidungspunkt (d.h. sobald die Gläubiger einem sehr detaillierten wirtschaftlichen Reformprogramm zugestimmt haben, das von den hochverschuldeten Ländern vorgelegt wurde und das Erreichen bestimmter Ziele, insbesondere im Hinblick auf die Verringerung der Armut, vorsieht) und dem Durchführungspunkt (d.h. sobald diese Ziele tatsächlich erreicht sind) eine frühe Schuldendienstentlastung gewähren.



Schwerpunkt regionale Konvergenz: *„Mehr ist nicht immer besser"*

Gegenstand der EIB-Konferenz über Wirtschaft und Finanzen im Januar 2000 war die Regionalentwicklungspolitik

Keine Institution kann es sich leisten, nicht von Zeit zu Zeit darüber nachzudenken, wie die für ihre Tätigkeit festgelegten Ziele am besten erreicht werden können. Dies gilt auch für die EIB. Qualitätskontrolle in Form von durch Theorien untermauerten (neuen) Überlegungen ist zu einer der wichtigsten Prioritäten des Präsidenten geworden.

Die Aufgaben der Bank sind im Vertrag von Rom festgeschrieben und wurden vom Europäischen Rat von Maastricht und von Amsterdam bestätigt. Die Förderung der regionalen Konvergenz wird weiterhin das Hauptziel der Tätigkeit der Bank sein.

Leider deutet die allgemeine Situation Europas darauf hin, daß die über 50 Jahre betriebene kostspielige Regionalpolitik keine bedeutenden Veränderungen herbeigeführt hat. In den letzten Jahrzehnten sind beispielsweise die Einkommensunterschiede zwischen den europäischen Regionen insgesamt gesehen weitgehend konstant geblieben. Einige Wirtschaftswissenschaftler nehmen dies inzwischen als einen natürlichen oder zumindest global-kapitalistischen Gang der Dinge hin: Die Reichen werden reicher, den Armen geht es besser, doch holen sie nie auf.

Lehren aus vergleichenden Fallstudien

In jedem Land gibt es Regionen, die scheinbar die gleiche Ausgangsbasis hatten, sich jedoch mit sehr unterschiedlichem Tempo entwickelt haben. Der Versuch, die jeweiligen Gründe zu ermitteln, ist ein komplexes Unterfangen. Ein Ansatz besteht darin, im Rahmen einiger Fallstudien die tatsächliche Entwicklung nachzuvollziehen und zu versuchen, gemeinsame Merkmale zu identifizieren. In drei Unterlagen wurden Fallstudien für Regionen in Griechenland, Italien und Spanien dargestellt. Jede Studie betraf eine (im nationalen Vergleich) erfolgreiche Region und eine Region mit Entwicklungsrückstand.

Unsere vergleichenden Fallstudien bestätigten drei allgemeine Aussagen. Erstens ist die industrielle Struktur wichtig. Großbetriebe, die sich in einer Region ansiedeln, müssen Technologien verwenden, die die Entwicklung von wirtschaftlichen Aktivitäten lokaler Subunternehmer fördern. Die Aussichten dafür verbessern sich, wenn die in den jeweiligen Regionen verfügbaren Arbeitskräfte – insbesondere die bei KMU Beschäftigten – über die entsprechenden beruflichen Qualifikationen verfügen.

Zweitens ist die Qualität der regionalen Verwaltung von entscheidender Bedeutung, wenn die Förderprogramme in ausreichendem Umfang auf die örtlichen Verhältnisse zugeschnitten sein sollen. Deshalb könnten eine Verknüpfung der Mittelvergabe mit bestimmten Bedingungen oder zumindest klare Vorgaben wünschenswert sein, um eine Fehlallokation der Mittel zu verhindern. Es ist beispielsweise ohne weiteres möglich, technische und wirtschaftliche Hilfe sowie Schulungen für Verwaltungsmitarbeiter als Voraussetzungen in die Verträge aufzunehmen.

Drittens bedingen mehr Infrastrukturinvestitionen nicht notwendigerweise eine schnellere Konvergenz, und ein undifferenziertes Vorgehen bei der Regionalentwicklungspolitik ist in den meisten Fällen ineffizient.

Es ist allerdings ein Fehler anzunehmen, daß keine Verringerung des Produktivitätsgefälles möglich ist.

In Anbetracht dieser komplexen Dynamik des Aufholens und des Zurückfallens war es daher Zeit für eine Bestandsaufnahme darüber, was wir über die Regionalentwicklungspolitik wissen. Dies erfolgte im Rahmen der im Januar von der Direktion Wirtschaftsstudien und Information orga-

Entwicklung wirksamer Maßnahmen

Es wurde betont, daß die traditionellen „Fundamentaldaten" für die Beurteilung von Projekten – Rentabilität und die Förderfähigkeit aufgrund des Standorts – notwendig, jedoch bei weitem nicht hinreichend sind, um eine Auswirkung auf die Regionalentwicklung zu gewährleisten. Eine verhältnismäßig objektive Beurteilung in einem allgemeineren Rahmen, die über die traditionelle Kosten-Nutzen-Analyse hinausgeht, sollte Standard werden. Zumindest folgende Fragen sollten geprüft werden:

- Fügt sich das Projekt in eine kohärente Strategie zur Entwicklung des komparativen Vorteils einer Region ein? Insbesondere große öffentliche Investitionen sollten innerhalb eines solchen Rahmens begründet sein.
- Stimuliert das Projekt die Nachfrage nach Leistungen lokaler Subunternehmer? Sind ergänzende Maßnahmen erforderlich, um die Entwicklung solcher Unternehmen zu fördern?
- Ist die Durchführung des Projekts vor dem Hintergrund seiner besonderen Charakteristika sorgfältig geplant? Da sich in einigen Regionen mit Entwicklungsrückstand immer Verzögerungen ergeben, sollte die Projektprüfung sämtliche Beteiligten und die daraus resultierenden Risiken für das Projekt berücksichtigen. Öffentliche Unterstützung könnte von der Durchführung externer Projektprüfungen für Projekte, bei denen übermäßige Verzögerungen oder Budgetüberschreitungen eintreten, abhängig gemacht werden.
- Bewirkt die Verfügbarkeit öffentlicher Unterstützung eine Änderung der Standortentscheidung oder hätte(n) der (die) Projektträger das Projekt auf jeden Fall durchgeführt? Wenn der letztgenannte Fall zutrifft, ist die Wahrscheinlichkeit, daß die Zuschüsse die Regionalentwicklung beeinflussen, ziemlich gering.
- Abschließende Frage: Ist das Projekt für sich betrachtet in wirtschaftlicher Hinsicht attraktiv? Die Aufstellung von Prognosen ist schwierig, weil politische Maßnahmen das lokale wirtschaftliche Umfeld erheblich ändern können. Gute Prognosen dürften jedoch dazu beitragen, Koordinationsprobleme in den Griff zu bekommen. Vor diesem Hintergrund sollten die Projekte wirtschaftlich tragfähig sein.

nisierten jährlichen Konferenz über Wirtschaft und Finanzen. Derartige Veranstaltungen geben den Mitarbeitern der Bank intellektuelle Anregungen und ermöglichen es der Bank, ihre internen Überlegungen durch Beiträge von kompetenten Fachleuten auf diesem Gebiet zu ergänzen.

In seiner Eröffnungsrede formulierte EIB-Präsident ***Philippe Maystadt*** klare Fragen, die in dem Forum beantwortet werden sollten. Zunächst ging es darum, welche Arten von Marktversagen regionale Ungleichgewichte bewirken und in welchem Umfang wir Ungleichgewichte akzeptieren sollten. Anschließend wies er darauf hin, daß die Rolle des Staates sich in den vergangenen Jahren verändert hat, wobei sich der Staat aus der direkten Einmischung in mehreren Bereichen zurückgezogen hat, z.B. durch Privatisierungen. In der Diskussion über die Regionalentwicklung stellt sich somit die Frage, wann Investitionen am besten vom Staat selbst durchgeführt werden und wann öffentliche Mittel zur Unterstützung von Investitionen des privaten Sektors verwendet werden sollten.

Philippe Maystadt betonte außerdem, daß Geldausgeben allein nicht genügt, da es auf Qualität und nicht auf Quantität ankommt. Die Bereitstellung öffentlicher Gelder sollte zwar im Rahmen geeigneter wirtschaftspolitischer Programme erfolgen, aber in welcher Weise läßt sich aus den regionalen Erfolgen und Fehlschlägen auf die zur Ergänzung von Investitionen erforderlichen Maßnahmen schließen? Und nicht zuletzt sollte geprüft werden, ob für die Projekte Auswahlkriterien entwickelt werden können, die gewährleisten, daß durch eine bestimmte Investition tatsächlich regionales Wachstum erreicht wird.

> Die Reichen werden reicher, den Armen geht es besser, doch holen Sie nie auf

Ein Überblick über die volkswirtschaftliche Theorie gab den Rahmen für die Diskussionen des Tages. Professor ***Angel de la Fuente*** vom Instituto de Análisis Económica in Barcelona erklärte, daß in der Vergangenheit Konsens darüber bestand, daß Regionalpolitik das Wachstum unterstützen kann und daß sich die Konvergenz praktisch als automatischer Nebeneffekt einstellt. Die Verringerung der Ungleichgewichte und das Wirtschaftswachstum galten als miteinander verbundene Entwicklungen. Im Zuge der jüngsten Entwicklungen der Wirtschaftstheorie sind jedoch mehrere Autoren zu der Überzeugung gelangt, daß es starke Marktkräfte gibt, die zu Ungleichgewichten zwischen Regionen führen.

Daniel Moucque von der Generaldirektion Regionalpolitik der Europäischen Kommision bestätigte, daß die sozioökonomischen Unterschiede zwischen den EU-Regionen ziemlich konstant sind und keine rückläufige Tendenz erkennbar ist. Er hob hervor, daß die regionalen Ungleichgewichte gegenwärtig nach wie vor etwa zweimal so hoch wie in den Vereingten Staaten sind, vertrat jedoch die Ansicht, daß dieses Verhältnis ohne die beträchtlichen Anstrengungen der Europäischen Kommission und der EIB möglicherweise noch höher ausgefallen wäre.

War und ist die EU-Politik deshalb schlecht konzipiert? Professor ***Philippe Martin*** (Ecole Nationale des Ponts et Chaussées, Paris) warf die grundsätzliche Frage auf, ob Eingriffe öffentlicher Stellen wünschenswert seien. Sein Hauptargument war, daß öffentliche Förderung zwar das Pro-Kopf-Einkommen in Regionen mit Entwicklungsrückstand erhöhen kann, dies jedoch möglicherweise mit relativ hohen Opportunitätskosten verbunden ist. Genaugenommen könnte es sich bei der öffentlichen Förderung unter dem Strich lediglich um eine

Einkommensübertragung von den Reichen an die Armen handeln, die die Produktivität nicht beeinflußt. Dies kann zu einem allgemein geringeren Wohlstand führen, wenn diese Transfers Ressourcen aus wohlhabenden und innovativen Regionen abziehen, die die Triebfedern des Wirtschaftswachstums eines Landes sind. Wenn das der Fall ist, so geht zwangsläufig das Gleichgewicht zu Lasten des Wachstums.

Professor Martins Standpunkt wurde zumindest teilweise durch die EIB-interne empirische Studie der Direktion Wirtschaftsstudien und Information bestätigt. Zu Beginn dieses Beitrags wurde festgestellt, daß sehr wenige Wirtschaftswissenschaftler *per se* bestreiten würden, daß die Förderung von Wirtschaftswachstum der Schlüssel zur Konvergenz ist. Gleichzeitig ist nur schwer ein Wachstumsmechanismus vorstellbar, der nicht in der einen oder anderen Weise durch eine Vergrößerung des Kapitalstocks wirkt. Eine pragmatische Frage lautet daher: Spielen staatliche Anlageinvestitionen – der Bau von Straßen, Schulen, Krankenhäusern, Häfen und Flughäfen usw. – eine wesentliche Rolle oder sollten öffentliche Mittel eher zur Stimulierung privater Investitionen, beispielsweise im Bereich Ausrüstung und Maschinen, verwendet werden?

Die Ergebnisse haben gezeigt, daß es sowohl auf nationaler als auch auf regionaler Ebene gute Gründe für die Annahme gibt, daß Anlageinvestitionen seitens Unternehmen und Maßnahmen zur Verbesserung des Humankapitals (Aus- und Fortbildung) das Aufholpotential der Wirtschaft steigern. Darüber hinaus spielen strategische Infrastrukturen zweifellos eine entscheidende Rolle. Es gibt offenbar gut dokumentierte Fälle, in denen beispielsweise eine bessere Verkehrs- und Telekommunikationsinfrastruktur dazu beitragen kann, den geographischen Gegebenheiten der Wirtschaft zu einem neuen Gleichgewicht zu verhelfen. Dies trifft jedoch gewiß nicht generell auf die öffentliche Investitionstätigkeit zu. So wurde gezeigt, daß öffentliche Investitionen hauptsächlich ein Instrument der regionalen Umverteilung sind und nur bedingt zu Produktivitätssteigerungen beigetragen haben.

> Regionen konkurrieren häufig miteinander um den größten Anteil der öffentlichen Mittel... mehr ist nicht immer besser

Dennoch hat eine große Anzahl von Projekten des öffentlichen Sektors sicherlich positive Auswirkungen auf die Regionalentwicklung gehabt und würde sich bei einer ex post vorgenommenen strengen Kosten-Nutzen-Analyse als zweckmäßig herausstellen. ***Bertrand Rossert*** von der Hauptabteilung Evaluierung der Operationen der EIB bestätigte dies, jedoch könne nicht von sämtlichen Projekten ein solcher positiver Effekt auf die regionale Wirtschaftstätigkeit erwartet werden. Dieser hängt unter anderem von den Beteiligten sowie von der Qualität der Verhandlungen mit ihnen ab. Darüber hinaus hat eine Untersuchung verschiedener Fallstudien der Hauptabteilung Evaluierung der Operationen gezeigt, daß ein durch administrative Faktoren bedingtes umfangreiches Engagement des öffentlichen Sektors bei Projekten zu einer erheblichen Ineffizienz führt, die die potentiellen Auswirkungen des Projekts auf die Regionalentwicklung beeinträchtigt.

> Es ist allerdings ein Fehler anzunehmen, daß keine Verringerung des Produktivitätsgefälles möglich ist

Schließlich warf Professor ***Jacques Thisse*** (Katholische Universität, Löwen) eine provokative Frage auf: Warum sind regionale Ungleichgewichte (nicht) schlecht für das Wohlergehen der Menschen? Er wies darauf hin, daß es Formen von Marktversagen gibt, die zu einer andauernden geographischen Konzentration führen können, und analysierte die entsprechenden Gründe. So vertrat er den Standpunkt, daß der drastische Rückgang der Transport- und Vertriebskosten in den vergangenen Jahrzehnten zusammen mit einer nicht optimalen Mobilität der Arbeitskräfte wichtige Faktoren waren, die zur Entstehung von Ballungsräumen und von regionalen Ungleichgewichten beigetragen haben. Er betonte, daß die Effizienz und die Qualität der örtlichen Einrichtungen und die Verfügbarkeit technischer Infrastruktureinrichtungen – wie beispielsweise lokale Netze spezialisierter Anbieter technischer Dienstleistungen – entscheidende Bestimmungsfaktoren des wirtschaftlichen Erfolgs sind. Ergänzend fügte er hinzu, daß es deshalb in einigen Fällen für die Regionen von Vorteil sei, die Gewährung von Darlehen und Zuschüssen an bestimmte Konditionen – oder zumindest klare Richtlinien – zu knüpfen.

Außerdem kritisierte Professor Thisse die Tatsache, daß Regionen häufig miteinander um den größten Anteil der öffentlichen Mittel konkurrieren. Er stellte klar, daß Regionen, um ihre komparativen Vorteile nutzen zu können, keineswegs die gleiche Art von Infrastruktur benötigen. Die Politiker sollten deshalb genau prüfen, welche Art von öffentlichen Mitteln für die wirtschaftliche Tätigkeit der jeweiligen Region am geeignetsten ist. Anders ausgedrückt: Mehr ist nicht immer besser. Die theoretische Analyse durch Professor Thisse bestätigte klar die Schlußfolgerungen der bereits beschriebenen vergleichenden Fallstudien. ■

Patrick Vanhoudt
Direktion Wirtschaftsstudien und Information
Tel. 00352/4379-3439,
E-Mail: p.vanhoudt@eib.org

Detailliertere Informationen können den beiden letzten Ausgaben (Ausgabe 5, Teil 1 und Teil 2) der „EIB-Papers" entnommen werden, in denen die vorgenannten Studien veröffentlicht sind. Die „EIB-Papers" sind kostenlos bei der Direktion Wirtschaftsstudien und Information (Fax: 00352/4379-3492) erhältlich.

Regionalentwicklung – effizienter Einsatz von Finanzierungsmitteln

BEI/EIB FORUM

2000 BREMEN

Das jährliche EIB-Forum findet am 19. und 20. Oktober in Bremen statt

Die Förderung einer ausgewogenen Regionalentwicklung durch Finanzierung tragfähiger Investitionsvorhaben ist die Kerntätigkeit der EIB. In einigen EU-Mitgliedstaaten hat die Regionalpolitik der EU zusammen mit dem aktiven Beitrag der Bank einzelnen Regionen ermöglicht, ihren wirtschaftlichen Rückstand aufzuholen, während in anderen der Erfolg weniger deutlich erkennbar ist. Doch selbst in den Fällen, in denen Mitgliedstaaten erfolgreich Anschluß finden konnten, haben sich die Entwicklungsabstände zwischen den einzelnen Regionen ein- und desselben Landes nicht notwendigerweise verringert. Daher lauten die zentralen Fragen, die dieses Jahr auf dem EIB-Forum behandelt werden sollen: „Was hat funktioniert?", „Was hat nicht funktioniert?" und – vielleicht noch wichtiger – „Was kann man daraus lernen?".

Dies ist um so wichtiger, als sich Europa neuen Herausforderungen gegenübersieht. Von neuen Technologien und dem Entstehen der Informationsgesellschaft dürften in erster Linie bereits hochentwickelte Regionen profitieren. Dynamische Regionen wehren sich vielleicht dagegen, zu stark mit Transferzahlungen zugunsten von Regionen mit Entwicklungsrückstand belastet zu werden, da dies ihre eigene Wettbewerbsposition auf den internationalen Märkten schwächen könnte.

Darüber hinaus sind wir mit der Erweiterung der Europäischen Union nach Mittel- und Osteuropa konfrontiert. Mit der Erweiterung werden die Entwicklungsunterschiede zwischen den Regionen ein bisher nicht gekanntes Ausmaß erreichen. Zwangsläufig wird sich dann die Frage stellen, bis zu welcher Höhe diese Unterschiede toleriert und in welchem Umfang von anderen gegenseitige Unterstützung für den Aufholprozeß neuer Mitgliedstaaten erwartet werden kann.

Die Finanzmittel zur Unterstützung wirtschaftlich benachteiligter Regionen dürften knapper werden. Es wird daher um so wichtiger sein, die verfügbaren Mittel – ob nun Zuschüsse oder Darlehen – so effizient wie möglich einzusetzen, um die Regionalentwicklung zu fördern.

„Erfolgsfaktoren"

Eine erfolgreiche Förderung der Regionalentwicklung setzt sich aus einer Vielzahl von Komponenten zusammen: Neben den Finanzmitteln ist eine Reihe anderer Faktoren wie beispielsweise eine funktionierende Verwaltung, eine sachgemäße Entwicklungsplanung, Unabhängigkeit beim Entscheidungsprozeß gekoppelt mit der politischen Verantwortlichkeit der Entscheidungsträger, die Verfügbarkeit unternehmerischer Persönlichkeiten und ausgebildeter Arbeitskräfte von Bedeutung. Nicht zuletzt ist ein allgemeiner wirtschaftspolitischer Rahmen erforderlich, der die richtigen Anreize für Strukturveränderungen, Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen bietet. Wenngleich dieses Thema sehr komplex ist, könnte es dennoch möglich sein, die wichtigsten Faktoren für eine erfolgreiche Regionalentwicklung zu ermitteln.

„Aus der Erfahrung lernen"

Am zweiten Tag wird sich das Forum der eingehenderen Erörterung der Faktoren widmen, die zu einer erfolgreichen Regionalentwicklung beitragen. Die Redner sind in den Bereichen Regionalentwicklung, Planung der Regionalentwicklungspolitik und Finanzierung von Investitionsvorhaben erfahren.

In einer ersten Sitzung – „Regionalpolitik – Was wir aus den Erfahrungen lernen können" – wird der Schwerpunkt auf der Beurteilung der Stärken und Schwächen einzelner Regionen liegen, und es wird über die Notwendigkeit einer ausgewogenen Entwicklungspolitik diskutiert, das heißt, einer konventionellen umfassenden Planung, die die Bereiche Infrastruktur, Entwicklung des Humankapitals und Anreize für KMU umfaßt.

„Finanzierung der Regionalentwicklung"

Eine erste Frage, die in dieser Diskussionsrunde beantwortet werden soll, ist die, ob die Einführung des Euro und die fortschreitende Integration der Finanzmärkte im Euro-Raum für KMU und Gebietskörperschaften auf regionaler bzw. lokaler Ebene den Zugang zu Finanzmitteln erleichtert haben, da dies erheblich zur Regionalentwicklung beitragen würde.

Ein zweiter Punkt ist der, ob damit zu rechnen ist, daß die derzeitigen Haushaltsrestriktionen in Europa bestehen bleiben und die Nachfrage nach alternativen Modellen für den Bau, die Finanzierung und den Betrieb von Infrastruktureinrichtungen, insbesondere in Form von Partnerschaften zwischen dem privaten und dem öffentlichen Sektor, fördern werden. Auf dem Forum soll darüber diskutiert werden, inwieweit solche Modelle auf Mittel- und Osteuropa angewandt werden können. Auch die Rolle regional tätiger Wagniskapitalgesellschaften soll untersucht werden.

Gastredner beim Abendessen: Günter Grass

Die EIB hat es sich schon zur Tradition gemacht, zu ihren Foren Gastredner einzuladen, die beim Abendessen ihre Ansichten zu einem Thema vorstellen, das nicht auf der Tagesordnung der Gäste steht. Dieses Jahr ist es uns eine

besondere Ehre, Günter Grass, den Literatur-Nobelpreisträger des vergangenen Jahres, unter uns begrüßen zu dürfen. Außerdem ist es zur Tradition geworden, das Forum mit einem Schlußwort des EIB-Gouverneurs des Gastlandes – in diesem Jahr Bundesfinanzminister Hans Eichel – zu beenden. ■

Programm

BEI/EIB FORUM 2000 BREMEN

19. Oktober 2000

15:00 Eröffnung des Forums
Philippe Maystadt, Präsident der EIB

1. DISKUSSIONSRUNDE: *„Regionalentwicklungspolitiken – Erfolgsfaktoren"*
Leitung: Wolfgang Roth, EIB-Vizepräsident

Redner:
Kajo Schommer, Wirtschaftsminister, Sachsen
Charles McCreevy, Finanzminister, Irland
Leczek Balcerowicz, Stellvertretender Ministerpräsident und Finanzminister, Polen *
Jack McConnall, MSP, Finanzminister, Scottish Executive
Michel Barnier, EU-Kommissar für Regionalpolitik *

GALADINER
Begrüßungsansprache: **Hartmut Perschau,** Regierender Bürgermeister der Stadt Bremen
Gastredner: **Günter Grass,** Literatur-Nobelpreisträger 1999

20. Oktober 2000

Einführung zur 2. DISKUSSIONSRUNDE: *„Erfahrungen mit der Regionalpolitik und ihrer Finanzierung"*
Alfred Steinherr, Chefvolkswirt der EIB

1. SITZUNG: „Regionalpolitik – Was wir aus den Erfahrungen lernen können"

Redner:
Henning Christophersen, Vorsitzender des Øresund-Regionalrates, Dänemark *
Brigitte Ederer, Finanzstadträtin, Stadt Wien
Pierre Mayet, Vorsitzender der interministeriellen Koordinationsgruppe **Sofia Antipolis,** Frankreich
Pasquale Pistorio, Vorstandsvorsitzender, ST Microelectronics, Agrate Brianza, Italien *
Ramon Marimon, Staatssekretär für Wissenschafts- und Technologiepolitik, Spanien

2. SITZUNG: *„Finanzierung der Regionalentwicklung"*

Redner:
Jacques Guerber, Vorstandsvorsitzender, Dexia Crédit local de France
Ingrid Matthäus-Mayer, Mitglied des Vorstands, Kreditanstalt für Wiederaufbau, Deutschland
Rinnooy Kan, Mitglied des Vorstands, ING, Niederlande
Ari Tolppanen, Präsident und Partner der CapMan Partners, Finnland, Vorsitzender der EVCA (European Private Equity and Venture Capital Association)

SCHLUSSWORT
Hans Eichel, Bundesminister der Finanzen und EIB-Gouverneur für Deutschland

** bis zum 15. Juni 2000 noch nicht bestätigt*

Weitere Auskünfte zum EIB-Forum 2000 erteilt die Hauptabteilung Information und Kommunikation der EIB (Frau Yvonne Berghorst, Tel.: 00352/4379-3154, E-mail: y.berghorst@eib.org).

EIB-Informationen

ist eine periodisch in elf EU-Sprachen erscheinenden Veröffentlichung der Hauptabteilung Information und Kommunikation der Europäischen Investitionsbank.

Der Nachdruck der in den EIB-Informationen erscheinenden Artikel ist gestattet. Um einen Quellenhinweis und um Übermittlung eines Belegexemplars wird gebeten.

Europäische Investitionsbank
100, boulevard Konrad Adenauer
L - 2950 Luxemburg
Tel. (+352) 4379 - 1
Fax (+352) 43 77 04

Internet http://www.eib.org
e-mail: info@eib.org

Hauptabteilung Italien
Via Sardegna, 38
I - 00187 Rom
Tel. (+39) 06-4719-1
Fax (+39) 06-4287 3438

Athen
364, Kifissias Ave & 1, Delfon
GR - 152 33 Halandri/Athen
Tel. (+30) 1-682 4517-9
Fax (+30) 1-682 4520

Berlin
Lennéstrasse 17
D - 10785 Berlin
Tel. (+49) 030 59 00 479 - 0
Fax (+49) 030 59 00 47 99

Lissabon
Avenida da Liberdade, 144 - 156, 8°
P - 1250 Lissabon
Tel. (+351) 21-342 89 89 oder 21-342 88 48
Fax (+351) 21-347 04 87

London
68, Pall Mall
GB - London SW1Y 5ES
Tel. (+44) 0207-343 1200
Fax (+44) 0207-930 9929

Madrid
Calle José Ortega y Gasset, 29
E - 28006 Madrid
Tel. (+34) 91-431 13 40
Fax (+34) 91-431 13 83

Repräsentationsbüro in Brüssel
Rue de la Loi 227
B - 1040 Brüssel
Tel. (+32) (0)2-230 98 90
Fax (+32) (0)2-230 58 27

Layout: EIB graphic workshop, Sabine Tissot

Fotos: Bildarchiv EIB, Stone, Pernille Sørensen, Pantherix Ltd, Universidad de Alicante, Bremer Touristik Zentrale GmbH, Isopress.

Gedruckt in Belgien von Ceuterick auf Papier „Arctic Silk", hergestellt nach „Nordic Swan"-Normen

IX-AA-00-002-DE-C

Erste e-Referenzanleihe für den Euro-Raum (EARN)

Zusammen mit der Caboto, der Investment-Bank der Intesa-Gruppe, begab die EIB im Februar ihre erste über das Internet angebotene, an eine bestimmte Anlegergruppe gerichtete Referenzanleihe für den Euro-Raum (EARN).

Die am 15. Oktober 2002 fällige Anleihe im Gesamtbetrag von 500 Mio EUR hat einen Kupon von 4,625%. Es handelt sich um die erste auf elektronischem Wege angebotene Anleihe der EIB. Die Caboto, die über ihr RetLots-System als alleinige Konsortialführerin fungiert, bietet die Anleihe ihren wichtigsten institutionellen Kunden in Italien und im Ausland über das Internet und über Bloomberg an.

Die Emission ist ein wichtiger Baustein für die Entwicklung der Internet-Mittelbeschaffung der EIB, mit deren Umsetzung im Juni 1999 begonnen wurde. Damals machte die EIB – ausschließlich über das Internet – das Angebot, bestehende Schuldverschreibungen in auf Euro lautende Titel umzutauschen. ■

EIB-Spende für Mosambik

Im März spendete die EIB der Republik Mosambik 500 000 EUR zur Unterstützung der Opfer der Überschwemmungskatastrophe.

Die Mittel wurden über die EU-Delegation in Maputo, die die Verwendung der Hilfsgelder organisierte, bereitgestellt.

In den letzten Jahren hat die EIB in mehreren von Naturkatastrophen betroffenen Ländern oder Regionen – beispielsweise in Honduras und in Nicaragua im Jahre 1998, im Kosovo, in der Türkei und im Großraum Athen im Jahre 1999 – humanitäre Hilfe in Form von Spenden geleistet.

Die EIB ist bereits seit längerem in Mosambik tätig. Nach dem Ende des langjährigen Bürgerkriegs im Jahre 1992 hat sie ihre Finanzierungstätigkeit ausgeweitet. Die im Rahmen des Vierten Abkommens von Lome gewährten Darlehen haben zur Modernisierung der Stromversorgung des Landes beigetragen und Investitionen in Anlagen zur industriellen Verarbeitung einiger Rohstoffe Mosambiks (Graphit, Aluminium, Cashewnüsse, Garnelen, Zucker) unterstützt. ■

EIB-Büro in Berlin eröffnet

Ende Mai eröffnete die EIB ihr neues Büro in Berlin. Die Hauptaufgaben des Büros bestehen darin, den Ausbau der Finanzierungstätigkeit der Bank insbesondere in Berlin und in den neuen Bundesländern zu unterstützen und die Beziehungen zu den Investoren und Partnerbanken auszubauen.

Das Büro in Berlin wird in erster Linie für die Kontakte mit der Bundesregierung und den Regierungen der Länder zuständig sein. Darüber hinaus wird es die kreditwirtschaftlich relevanten Diskussionen in Deutschland begleiten, wie zum Beispiel die derzeitige über neue Finanzierungsformen für öffentliche Infrastrukturen.

Die EIB hat ihre Darlehensvergabe in Deutschland seit 1990 um das Sechsfache auf zuletzt 5,5 Mrd EUR (1999) gesteigert, womit die Bundesrepublik zum wichtigsten Empfängerland der Bank geworden ist.

Entscheidend für die starke Geschäftsausweitung war die deutsche Vereinigung. Von den in den letzten zehn Jahren in Deutschland insgesamt vergebenen Darlehen von 30,7 Mrd EUR gingen etwa die Hälfte in die neuen Bundesländer.

Berlin ist zu einem besonderen Schwerpunkt der Bank geworden. Seit 1990 wurden mit einem Betrag von rund 4 Mrd EUR 18 größere Infrastrukturprojekte finanziert, wie die Modernisierung der Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung, die Bebauung des Potsdamer Platzes und die Modernisierung von Krankenhäusern in Ostberlin. ■

Bundesfinanzminister Hans Eichel (rechts) und EIB-Vizepräsident Wolfgang Roth bei der Eröffnungszeremonie